

Wortprotokoll/Protokoll

der öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration

Sitzungsdatum:	23. April 2024
Sitzungsort:	Hamburg, Rathaus, Plenarsaal
Sitzungsdauer:	14:06 Uhr bis 16:02 Uhr
Vorsitz:	Abg. Michael Gwosdz (GRÜNE)
Schriftführung:	Abg. Olga Fritzsche (Fraktion DIE LINKE)
Sachbearbeitung:	Frauke Meyer-Bai

Tagesordnung:

- [Drs. 22/14330](#) Feststellung des Senats über das Zustandekommen der Volksinitiative „HAMBURG TESTET GRUNDEINKOMMEN“
Gemäß Artikel 50 Absatz 2 der Hamburgischen Verfassung erhalten die Initiatorinnen und Initiatoren der Volksinitiative „Hamburger Zukunftsentscheid“ beziehungsweise folgende mit der Vertretungsbefugnis versehene Vertrauenspersonen die Gelegenheit, ihr Anliegen zu erläutern.
- Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Filiz Demirel (GRÜNE)
Abg. Mareike Engels (GRÜNE)
Abg. Dr. Carola Ensslen (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Olga Fritzsche (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Andreas Grutzeck (CDU)
Abg. Michael Gwosdz (GRÜNE)
Abg. Annkathrin Kammeyer (SPD)
Abg. Jan Koltze (SPD)
Abg. Kirsten Martens (SPD)
Abg. Marco Schulz (AfD)
Abg. Silke Seif (CDU)
Abg. Ali Simsek (SPD)
Abg. Yusuf Uzundag (GRÜNE)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. David Erkalp (CDU)
Abg. Claudia Loss (SPD)

III. Weitere Abgeordnete

Abg. Sabine Jansen (SPD)

IV. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration

Senatorin Melanie Schlotzhauer
Staatsrätin Petra Lotzkat
Leitender Regierungsdirektor Carsten Möller
wiss. Angestellte Katharina Münnich
Regierungsrätin Annika Parkitny
Leitender Regierungsdirektor Steffen Ries
Senatsdirektorin Dörte Liebrecht

V. Vertrauenspersonen der Volksinitiative

Rainer Ammermann
Jan Gerber
Anika Liekefett

VI. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Frauke Meyer-Bai

VII. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

Bis zu 9 Personen.

Zu TOP 1

Vorsitzender: Ich gucke einmal in die Runde, ich sehe die drei Vertreterinnen der Volksinitiative, das sind, glaube ich, heute die wichtigsten Personen, sonst könnten wir gar nicht in die Tagesordnung einsteigen. Ich sehe Senatsvertreterinnen, ich sehe Frau Meyer-Bai. Es ist etwas ungewöhnlich, hier in diesem Saal zu tagen, aber ich glaube, wir kriegen das gut hin. Genau.

Dann starte ich einmal ganz offiziell. Ich begrüße Sie alle zur heutigen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration. Wir haben ja einen Extratermin zusätzlich zu den regulären verabredet für heute. Dadurch, dass alle erschienen sind, nehme ich auch noch einmal an, dass auch alle damit einverstanden sind. Der einzige Tagesordnungspunkt heute ist formal die Befassung mit der Drucksache 22/14330, das ist die Feststellung des Senats über das Zustandekommen der Volksinitiative "HAMBURG TESTET GRUNDEINKOMMEN". Da begrüße ich einmal Herrn Rainer Ammermann, ich begrüße Frau Anika Liekefett und ich begrüße Herrn Jan Gerber als Vertrauensleute der Volksinitiative, die uns gleich noch ein paar Worte mehr zu ihrem Anliegen erläutern. Ich begrüße natürlich auch die Vertreterinnen und Vertreter des Senats, die in anderer Besetzung als sonst, aber für Ausschuss übliche Besetzung, hier in der Senatsbank sitzen. Vielleicht noch einmal der Vollständigkeit halber, auch für die Gäste, die ich auch oben begrüße, üblicherweise bei Ausschusssitzungen, wo wir eine Volksinitiative anhören, hört der Senat nur zu und erläutert, kommentiert nicht, das machen wir dann in Folgegesprächen. Falls da die Frage auftritt, warum sitzen die Vertreterinnen und Vertreter des Senats da nur und melden sich nicht zu Wort, das ist das übliche Verfahren.

Genau. Ansonsten ist es ein vielleicht etwas ungewöhnliches Wiedertreffen mit einer Volksinitiative, denn wir hatten tatsächlich in der allerersten Sitzung des Sozialausschusses in dieser Legislaturperiode – das fand noch unter Coronabedingungen drüben in Großen Festsaal statt – ja bereits einmal das Vergnügen, uns zu sehen, und zumindest Herr Ammermann war damals auch schon dabei als eine der Vertrauenspersonen, um den ersten Durchgang der Volksinitiative "HAMBURG TESTET GRUNDEINKOMMEN" uns vorzustellen. Wir haben deswegen auch im Vorgespräch besprochen, die grundsätzliche Idee des Grundeinkommens, was ist das eigentlich, wie ist die wissenschaftliche Debatte, da haben wir immer noch unser Ausschussprotokoll mit einer ausführlichen Befassung, mit der Präsentation auch der damaligen Volksinitiative.

Darauf werden, glaube ich, die Vertreter, so zumindest das Vorgespräch, nicht im Detail jetzt eingehen, sondern das Besondere ist, es gab ja eben diese Volksinitiative, dann hat der Senat das Hamburgische Verfassungsgericht angerufen und hatte Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der damaligen Volksinitiative. Das Hamburgische Verfassungsgericht hat dann auch mit seiner Entscheidung 12/20 entschieden, dass es hier Merkmale gibt, die eine Verfassungsmäßigkeit infrage stellen, und hat eben entschieden, dass die Volksinitiative nicht in die nächste Stufe gehen darf, ins Volksbegehren. Und die Volksinitiative, also die Organisatorinnen, die Gruppe, hat sich dann das Urteil genommen und das eigene Anliegen, den eigenen Gesetzentwurf überarbeitet und erneut Unterschriften gesammelt, erfolgreich. Das ist zustande gekommen. Und an dieser Stelle steigen wir quasi heute, in der heutigen Sitzung, ein, gerade unter der Frage auch, was unterscheidet ei-

gentlich die jetzige Volksinitiative von der vorigen, inwiefern ist das Urteil des Verfassungsgerichts aufgegriffen und inwieweit ist überarbeitet worden. Mit dieser Vorrede würde ich jetzt dann das Wort einmal abgeben ...

Ach so, Entschuldigung, ja, genau. Ich würde gleich das Wort an Herrn Ammermann vermutlich als Erstes abgeben und Frau Meyer-Bai weist mich zu Recht darauf hin, wie es so üblich ist bei Anhörungen von Volksinitiativen, fertigen wir ein Wortprotokoll an. Gibt es dagegen Widerspruch? Das sehe und höre ich nicht. Dann ist das so. Es wird ein Wortprotokoll geben, das kennen ja auch alle vom letzten Mal. Und bitte schön, Sie haben das Wort.

Rainer Ammermann: Ja, vielen Dank. Herr Vorsitzender, liebe Ausschussmitglieder, liebe Gäste! Wir möchten uns erst einmal kurz vorstellen. Mein Name ist Rainer Ammermann, ich engagiere mich seit 15 Jahren inzwischen für das Thema Grundeinkommen in Hamburg in unserem Verein Hamburger Netzwerk Grundeinkommen, arbeite außerdem in einer selbstverwalteten Wohngenossenschaft und im öffentlichen Dienst im Bereich Digitalisierung, genau, und gebe weiter kurz für die Vorstellung.

Jan Gerber: Genau, auch ein Hallo von mir. Ich bin Jan Gerber, ich habe einen Politikwissenschaft-Background, habe auch die letzten Jahre schon einiges an Zeit in politischen Parteien verbracht und die letzten drei Jahre vor allem auch quasi außerparlamentarisch in sozialen Bewegungen und bin jetzt hier für "HAMBURG TESTET GRUNDEINKOMMEN" quasi in der Kampagnenkoordination und habe die Sammlung letztes Jahr mit koordiniert. Genau. Anika.

Anika Liekefett: Ja, schönen guten Tag, mein Name ist Anika Liekefett, ich bin freischaffende Künstlerin und ehrenamtlich in der Lebensmittelrettung tätig und ich bin letztes Jahr zu dieser Gruppe gestoßen und war Sammlerin, erfolgreiche Sammlerin, und möchte auch gern wieder meinen Beitrag dazu leisten.

Rainer Ammermann: Ja, genau. Herr Gwosdz hat ja schon die Vorgeschichte so ein bisschen skizziert. Das ist unser zweiter Anlauf nach dem ersten Anlauf, der im Jahr 2020 war. Wir hatten eine Anhörung, wir haben das Volksbegehren beantragt, dann gab es den Antrag des Senats beim Verfassungsgericht, und leider aufgrund von Corona und vielleicht anderen Umständen hat das Verfassungsgericht diesmal erst sehr viel später entschieden, als vielleicht üblicherweise erwartet, nämlich erst 2023, im Sommer, und hat uns damit aber eine Chance einer Neufassung gegeben, und deshalb sind wir hier mit einem zweiten Anlauf. Denn das Verfassungsgericht hat ja nicht die Anwendbarkeit des Gesetzentwurfes als solches verworfen, sondern uns in den meisten, wesentlichen Punkten recht gegeben, nur die Abstimmungsfähigkeit aufgrund von wahrgenommenen Lücken und Widersprüchen wurde verneint.

Und daher ist unser Anliegen an sich unverändert geblieben. Also es soll einen Modellversuch geben mit diesen Eckdaten: 2 000 Teilnehmenden in räumlich zusammenhängenden Gebieten wird für 36 Monate ein Grundeinkommen gewährt, aufgeteilt in mehrere Varianten. Es erfolgt eine Einkommensanrechnung, die veränderte Steuersätze simuliert, die Höhe des Grundeinkommens soll das offiziell festgestellte Existenzminimum mindestens abdecken und die Verwaltung soll ein Forschungskonzept in Zusammenarbeit mit einem Forschungspartner festlegen und umsetzen.

Aufgrund des Urteils des Verfassungsgerichts sind folgende Regelungen präzisiert worden. Die Einkommensanrechnung, die stattfinden soll, wird als Einschränkung des Kriteriums der Bedingungslosigkeit, dass keine Bedürftigkeitsprüfung also stattfindet, deutlich hervorgehoben und genauer geregelt. Daher wird das Grundeinkommen im Modellversuch

nun auch Modellgrundeinkommen genannt. Die Höhe des Grundbedarfs orientiert sich immer am offiziell berechneten Existenzminimum des jeweiligen Jahres mit einem Aufschlag von 5 Prozent als Minimum, Zusatz und Mehrbedarfe sind genauer benannt und geregelt.

Zudem haben wir Sonderregelungen für das Verhältnis zu bestehenden Sozialleistungen und anderen Schnittpunkten detaillierter und klarer geregelt. Das Finanzierungsvolumen, was benannt wird, wächst als prozentuale Obergrenze mit dem jeweiligen Haushalt der Stadt mit, und die Kosten, die durch den Modellversuch anfallen, werden anhand von Modellrechnungen verdeutlicht.

Auch zu diesem Gesetzentwurf haben wir eine Rückmeldung bekommen durch die Beratung, die auch noch weitergeht. So sei der Erkenntnisgewinn des Modellversuchs in der Begründung noch besser auszuarbeiten. Wir haben ja die Möglichkeit einer zulässigen Überarbeitung noch, und da werden wir dann solche Punkte auch noch besser berücksichtigen. Zum Beispiel: Welche Elemente sind im Modellversuch nun tatsächlich realisiert und worin besteht der Unterschied zum bestehenden Sozialsystem? Dann zur Sinnhaftigkeit der Teilnahme von Menschen, die aufgrund der Einkommensanrechnung keine Auszahlung erhalten. Und wir können oder würden wesentliche Erkenntnismöglichkeiten im Sinne von plausiblen Forschungsfragen formulieren.

Ja, in diesen zahlreichen Einzelregelungen, die es ja auch im Gesetzentwurf wirklich zuhauf gibt, spiegelt sich jedoch nicht unser eigentliches Anliegen wirklich wieder. Und dafür übergebe ich an Jan Gerber.

Jan Gerber: Genau, danke. Die Frage ist ja im Endeffekt, warum wollen wir eigentlich einen Modellversuch des Grundeinkommens in Hamburg. Und um uns dem zu nähern, würde ich quasi gern noch einmal den Blick weiten auf die gesellschaftliche Lage, in der wir eigentlich gerade sind. Genau. Wir hatten ja jetzt irgendwie ein paar Jahrzehnte, Ende des 20. Jahrhunderts, auch noch Anfang des 21. Jahrhunderts, wo wir viel Stabilität und auch einen gewissen Zukunftsoptimismus hatten, und da sind jetzt halt nach und nach Risse entstanden, spätestens mit der Finanzkrise...

Genau. Also dieser Zukunftsoptimismus, der hat halt nach und nach, spätestens 2007/2008 mit der Finanz- und Eurokrise, angefangen zu wackeln. Also wo es einfach nicht mehr klar ist, dass die Zukunft besser wird. Und wenn wir uns jetzt im Jahr 2024 anschauen, gibt es sehr viele Krisen, es gibt eine wachsende Unsicherheit und die Zukunft ist einfach extrem ungewiss. Und das spiegelt sich sowohl in den subjektiven Wahrnehmungen von Menschen wieder, dass die Hälfte der Menschen in Deutschland davon ausgeht, dass ihr Leben in der Zukunft schlechter wird, und nur noch 20 Prozent, dass es ihnen in der Zukunft besser gehen wird. Das sind recht drastische Zahlen.

Auch wenn wir objektiv schauen, sieht es nicht besser aus. Also die Klima- und ökologische Krise nimmt gerade erst Fahrt auf, immer mehr Menschen kommen mit ihrem Einkommen nicht aus. Es gibt einen riesigen Vertrauensverlust. Die Demokratie, wie wir sie gerade erleben, und dadurch vor allem auch einen wachsenden Populismus, wir haben eine steigende Überforderung und psychische Belastung von Individuen, die Bevölkerung altert, die Babyboomer gehen Ende dieses Jahrzehnts in Rente, es gibt immer weniger Arbeitskräfte in dem Sinne, gleichzeitig haben wir da auch noch den Fachkräftemangel und einfach grundlegende Veränderungen in der Art und Weise, wie wir leben und arbeiten werden, zum Beispiel durch Künstliche Intelligenz, was die letzten ein, zwei Jahre vielleicht immer bewusster wird. Genau.

Die Zukunft ist nicht rosig. Und bei all den Problemen, die es in unserer Demokratie und auch mit unserem Sozialsystem inklusive der Rentensysteme gibt, sind sie trotzdem eine der größten Errungenschaften, die wir irgendwie geschafft haben im letzten Jahrhundert. Und die Frage...

[Kurze Unterbrechung aufgrund von Tonproblemen.]

Jan Gerber: Ich wollte darauf quasi gerade hingehen, dass wir schon viele Sachen, wirklich große Errungenschaften erreicht haben mit unserer Demokratie und den Sozialsystemen, und trotzdem, wenn wir auf die Umbrüche der Zukunft sehen, schauen, werden die nicht reichen. Also wir müssen so oder so auf die Sachen, die auf uns zukommen, dieses Jahrhundert und auch die nächsten Jahrzehnte, müssen wir grundlegende Veränderungen in unserer Gesellschaft durchführen. Daran führt kein Weg vorbei. Die Frage ist nur, wie sie aussehen sollen und ob wir sie jetzt aktiv gestalten oder ob wir uns davon ein bisschen überlaufen lassen. Und was wir glauben, dass es vor allem eine positive Zukunftsvision braucht, die Menschen begeistert, überhaupt die Gesellschaft mitzugestalten, und dass wir darauf im Moment nicht wirklich gute Antworten haben.

Und wir glauben, dass das bedingungslose Grundeinkommen für diese Grundlage einer positiven Vision extrem wichtig ist und ganz viele andere Bereiche quasi als Grundbaustein mitträgt, also in den Bereichen der Demokratie, der Wirtschaft, der Gesundheit oder der Bildung und sich ganz viel drumherum aufbauen kann. Denn im Endeffekt in dieser sich immer schneller ändernden Welt gibt es Menschen eine Sicherheit, dass sie nicht vergessen werden, dass sie nicht fallengelassen werden, dass wir an sie glauben und dass sie einfach so, wie sie sind, einen Wert haben. Und dadurch können wir überhaupt erst ermöglichen, dass Menschen ihr Potenzial entfalten können, etwas auch für die Gesellschaft beizusteuern, zum Beispiel eine ökonomische Stabilisierung innerhalb der planetaren Grenzen.

Laut repräsentativen Umfragen finden ungefähr die Hälfte der Menschen ein bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland sinnvoll, ein Viertel bis ein Drittel ist dagegen und der Rest ist unentschieden. Und es gibt oft viele Argumente bei den Gegner:innen, die, ich würde sagen, auf Stereotypen und Vorteilen aufbauen, und primär zwei Stück, die ich einmal ganz kurz nennen möchte. Das eine ist, es ist eh´ nicht finanzierbar. Fakt ist, dass wir, wenn wir das großflächig einführen wollten, die Steuersysteme grundsätzlich verändern müssten, quasi jetzt einfach so könnten wir es nicht tun. Dazu gibt es Studien von Mein Grundeinkommen oder von dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Genau. Es bräuchte einfach politischen Willen, real umsetzbar wäre es.

Um diesen Punkt geht es beim Modellversuch aber gar nicht, sondern vor allem um den zweiten Punkt, also das zweite Vorurteil, dass mit einem Grundeinkommen die Erwerbstätigkeit sinkt und wir langfristig die wirtschaftliche Grundlage verlieren, um so etwas wie ein Grundeinkommen überhaupt finanzieren zu können. Und genau das ist das, wo wir ansetzen wollen und halt eben untersuchen, was passiert denn, wenn Menschen drei Jahre lang dieses Grundeinkommen bekommen. Es gibt natürlich schon Daten und die zeigen bisher in positive Richtung, dass Menschen sich weniger gestresst fühlen, weniger krank sind, weniger zum Arzt müssen, mehr Zeit für Weiterbildung haben und leichter eine Arbeit finden dadurch, die dann auch zu ihnen passt, die sie auch gern machen und die sie dadurch auch besser machen, als wenn sie keine Lust auf ihre Arbeit haben.

Und trotzdem gibt es eben noch nicht genug empirische Daten und Erkenntnisse zum Thema Grundeinkommen, und wir als Volksinitiative glauben natürlich daran, dass Men-

schen eine intrinsische Motivation haben, zu arbeiten und sich in die Gesellschaft einbringen zu wollen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Und diesen Glauben wollen wir halt eben überprüfen. Und ein Modellversuch hier in Hamburg hätte natürlich auch Strahlkraft nicht nur innerhalb von Deutschland, sondern innerhalb der ganzen Europäischen Union, und die Forschung dazu würde auch weltweit rezipiert werden. Und abgesehen davon, dass uns klarer wird, ob und wie ein Grundeinkommen Teil dieser Zukunft sein kann, würde außerdem das Ansehen Hamburgs in der internationalen Forschungswelt steigen. Denn wenn nicht eine reiche, weltoffene Metropole wie Hamburg so einen Versuch durchführen sollte, wer soll es dann machen?

Die Welt wird immer schneller, sie verändert sich immer schneller, und es ist menschlich und verständlich, dass wir uns dann in diesen Momenten an Altbekanntem festhalten wollen, und trotzdem, was wir brauchen, ist Mut, um uns nicht nur am Alten festzuhalten, sondern neue Sachen auszuprobieren. Und in diesem Sinne würde ich Sie alle bitten, sehr ernsthaft darüber nachzudenken, ob Sie den Versuch nicht unterstützen wollen, die Bürgerinnen und Bürger in Hamburg darüber abstimmen zu lassen, ob sie ein Grundeinkommen testen wollen. – Danke schön. – Anika.

Anika Liefekett: Ich würde Sie gern mitnehmen in meine Befragungssituation. Ich habe letztes Jahr von September bis Ende Oktober mehrere Tausend Personen befragt und ich möchte Ihnen erzählen, was mir diese Menschen gesagt haben, wenn sie Grundeinkommen bekämen im Sinne des Modellgrundeinkommensversuchs.

Viele erzählten mir, dass keine Änderung der beruflichen Situation vonstattengehen würde. Sie würden in ihrem Beruf bleiben und auch trotz Grundeinkommen weiterarbeiten. Viele würden höchstens ihre Arbeit reduzieren, um dann mehr Zeit mit ihren Familien zu verbringen, aber auch Zeit dafür zu haben, um sich weiterzubilden, für mehr Kreativität. Einige würden sich auch spezialisieren, um ihr Gehalt dann steigern zu können. Ich habe auch Frauen befragt und die erzählten mir von ihrer Care-Arbeit, und ein Grundeinkommen würde genau diese Arbeit wertschätzen, sagten sie, und sie hätten ihre Existenzängste reduziert gesehen. Hausfrauen, die ich traf, würden sich sogar weiterqualifizieren, um eine finanzielle Unabhängigkeit zu erreichen. Es gab auch Menschen, die sich sehr große Sorgen machten, dass die Arm-Reich-Schere immer weiter auseinanderklafft. Da könnte ein Grundeinkommen entgegenwirken.

Grundeinkommen in einer Nachbarschaft zu verteilen, fanden viele sehr interessant, weil es daraus die Möglichkeit gäbe, dass sich Initiativen bilden, dass sich Start-ups bilden, dass die Menschen sich zusammentun und vielleicht auch kleine Unternehmen entwickeln. Ich fragte auch Personen, die ihre 40-Stunden-Jobs reduzieren würden, um ihre Eltern zu pflegen. Auch sprach ich mit Menschen, und das fand ich auch interessant, die tatsächlich arbeiten, aber sehr unzufrieden sind mit ihrer Arbeit, also fast unglücklich, möchte ich sagen, und für die wäre ein Grundeinkommen die Möglichkeit, einmal Abstand zu nehmen und sich etwas Neues zu suchen und sich neu zu orientieren. Und den meisten Menschen, die ich befragte, ging es wirklich darum, dass sie eine Arbeit machen wollen, die wirklich sinnstiftend ist und die ihnen Freude bereitet und in der sie auch anderen etwas geben können.

Es gab eine andere Sache, die ich sehr spannend fand, was auch immer wieder vorkam, und das war doch ein recht negatives Menschenbild. Also ich fragte unterschiedliche Personen, wie sie denn mit Grundeinkommen umgehen würden, und die sagten mir, also wenn es nach mir ginge, ich würde natürlich weiterarbeiten, aber die ganzen anderen Menschen, die würden faul werden. Das fand ich dann schon sehr interessant. Und ich traf

natürlich auch Menschen, die Angst haben vor der Zukunft des Klimawandels, der Digitalisierung und der sich wechselnden Arbeitsplatzsituation. Die meinten, es sei doch Zeit, die Wirtschaft und die Sozialsysteme einfach einmal zu reformieren und der Zeit und den Bedürfnissen anzupassen.

Ich fragte auch junge Menschen nach ihrer inneren Haltung zu Depression, und sie meinten, ja, wir können uns wirklich vorstellen, dass die Depressionen zurückgehen würden, und auch, dass die Einsamkeit zurückginge. Es würde mehr Geld übrigbleiben für kulturelle Teilhabe. Auch meinten sie, dass die Menschen doch gesünder werden würden. Viele Menschen dachten auch, wenn sie Grundeinkommen bekämen, könnten sie ja auch selbst sich zu einer Fachkraft ausbilden. Das heißt, sie hätten die Zeit für das Erlernen komplexerer Zusammenhänge und steilerer Lernkurven.

Eine Sache fand ich auch interessant, und zwar, dass das Grundeinkommen bei den meisten Menschen erst einmal eine Ruhe verursacht, und durch diese Ruhe wären sie in der Lage, klügere Entscheidungen zu treffen. Auch fanden, und das fand ich jetzt sehr positiv, viele Menschen Grundeinkommen wie einen Vertrauensvorschuss vom Staat, dass ihnen sozusagen vertraut wird, dass sie mit ihrer Arbeit und ihrem Engagement etwas für den Staat tun und für die Gesellschaft tun. Die Gesellschaft polarisiert sich immer weiter, wie Jan schon erzählte, und da würde ein Grundeinkommen wirklich helfen, wieder mehr Vertrauen aufzubauen. Das hätte, meinten einige, wiederum doch auch einen positiven Effekt auf den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt.

Das waren jetzt so ein paar Eindrücke. Es war eine sehr interessante Zeit für mich, so viele Menschen in sehr kurzer Zeit mal zu befragen. Und schlussendlich war es so, dass die Befragten betonten, dass es doch Hamburg sehr gut zu Gesicht stünde, einen Grundeinkommenstest durchzuführen, es sei ja nur ein Test, betonten sie, der Grundeinkommen erforschen will. Wir haben jedoch alle wirklich viel zu gewinnen und wenig zu verlieren. In diesem Sinne erst mal vielen Dank.

Jan Gerber: Genau. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Wir haben quasi einmal nur mal kurz, Rainer – genau, nah ans Mikrofon –, genau, noch mal die Unterschiede des Gesetzesentwurfs dargestellt quasi zu vor dreieinhalb Jahren. Dann gab es noch einmal die Erweiterung auf die gesellschaftliche Lage, in der wir uns befinden, und warum es überhaupt sinnvoll und notwendig ist, Konzepte wie ein Grundeinkommen zu testen. Und danach hat Anika noch mal anekdotisch Erfahrungen mit Bürger:innen auf der Straße von Hamburg erzählt. Und jetzt freuen wir uns sehr, in ein Gespräch zu kommen, sowohl über den Sinn und Zweck solch eines Modellversuchs als auch gern inhaltliche Rückfragen oder Verständnisfragen zu dem konkreten Gesetzesentwurf. Genau.

Und eine letzte technische Sache quasi, falls irgendwer hier da durchgescrollt werden möchte, durch diesen großen Bildschirm, dann gern Bescheid sagen, dann kann ich rüberlaufen, die Technik funktioniert leider nicht anders, aber, genau, dann bemerkbar machen.

Vorsitzender: Genau. Vielen Dank, Herr Gerber, vielen Dank, Frau Liekefett, vielen Dank, Herr – jetzt habe ich den Namen gerade vergessen, Entschuldigung –, Herr Ammermann, ja. Ich habe ja immer noch das Protokoll vom letzten Mal liegen, wo immer Herr Schürmann gesprochen hatte, deswegen war ich mir gerade nicht sicher.

Genau. Das war so besprochen, also es gibt keine Präsentation. Der Gesetzesentwurf ist eigentlich jetzt auch nicht für alle diejenigen von Ihnen, die einen Rechner vor sich sitzen haben, entweder haben sie ihn ausgedruckt mit oder er ist natürlich auch auf der Website von "HAMBURG TESTET GRUNDEINKOMMEN" entsprechend selbst auch einzusehen.

Für Fragen, ja, ich gucke mal nach unten. Gibt es Wortmeldungen? Ich habe noch keine aufgenommen. Dann hätte ich erst mal Frau Engels.

Abg. Mareike Engels: Ja, ganz herzlichen Dank, auch für die Präsentation. Wir haben uns ja auch schon hier im Ausschuss mit dem Thema auseinandergesetzt, deswegen ist, glaube ich, sozusagen schon auch eine Befassung hier erfolgt. Das ist nicht so, dass das irgendwie neu ist oder wir jetzt alle noch mal so grundsätzlich, glaube ich, Fragen haben. Jedenfalls gilt das für mich.

Ich hätte eine konkrete Nachfrage zu dem Thema, Sie sagten sozusagen, es kann helfen, die Schere von Arm und Reich zu schließen und aber auch das Thema Hausarbeit, Care-Arbeit und Absicherung dafür. Und da würde mich noch mal interessieren sozusagen, wie Sie das ..., also wie genau Sie das begründen, dass es tatsächlich diese Schere schließen würde, weil, das Grundeinkommen ja erst mal eine Absicherung nach unten wäre und nicht unbedingt zu mehr sozialer Gleichheit führt. Und es könnte ja sogar so sein, dass, wenn damit die Rolle von Care-Arbeit zementiert wird, sozusagen geschlechtlich noch weiter zementiert wird, als sie eh schon zementiert ist, dass dann eigentlich die Frage von Abhängigkeit und sozialer Ungleichheit sogar verstärkt wird. Und da würde mich einmal interessieren, wie Sie das sozusagen diskutieren, wie Sie das abgewogen haben.

Anika Liekefett: Also ich habe ja jetzt erst mal nur ein paar Beispiele genannt sozusagen in dem Zusammenhang, was die Menschen mir erzählt haben, was da jetzt wirklich für sie passiert. Einmal haben wir natürlich die Situation, dass die prekären Arbeitswelten einen Anstieg erreichen könnten und dass die Existenz dadurch weniger ängstlich ist. Auf der anderen Seite habe ich natürlich auch mit den Menschen gesprochen darüber, und das lässt sich auch nicht ausschließen bei diesen ganzen Befragungen, wie ist denn das zu finanzieren. Und da kam natürlich immer wieder die Idee, dass eben ein Teil der Menschen, die eben wohlhabender sind, auch steuerlich dann dazu beitragen könnten, diese Arm-Reich-Schere eben auch zu verringern. Und das ist damit gemeint, also dass die Wohlhabenden eben auch dafür sorgen, dass die Menschen, die eben am Rande des Existenzminimums sind, auch mit zur Gesellschaft gehören. Und wie das dann letztendlich stattfinden kann, dass hier jeder auch damit zufrieden ist, und wie groß der Teil denn sein könnte, der abgegeben werden würde, das kann man ja dann immer noch beschließen. Aber das ist eben das, was sie mir erzählt haben.

Vorsitzender: Ja, gern, Herr Ammermann, ergänzen Sie.

Rainer Ammermann: Genau, bei der Frage von Care-Arbeit, Abhängigkeit et cetera, geschlechtlicher Gleichheit, ja, die Idee des Grundeinkommens lässt da ja frei sozusagen, es will ja gerade die Abhängigkeit sowohl in die eine als auch in die andere Richtung aufheben. Es wäre ja ein ... Die Idee ist ja, dass so etwas als individuelles Grundrecht bereitgestellt wird und insofern dann dadurch keine Vorgaben durch die Existenzsicherung gemacht werden, wie das Leben zu gestalten ist. Und, ja, wenn man darüber hinaus Ziele verfolgt, bestimmte Arbeitsaufteilungen anders zu gestalten, bestimmte Ziele auch in der Care-Arbeit zu erreichen, dann kann es darüber hinaus Maßnahmen geben, aber der Grundsatz ist, niemals sozusagen zulasten oder unter dem Vorbehalt, dass Menschen nicht existenzgesichert sind, so lange ist das im Grunde genommen insofern freilassend zu der Care-Arbeit, aber auch zu neuen Regelungen und auch vielleicht zu neuen Lösungen, die die Menschen sich selbst überlegen, ganz individuell oder gemeinschaftlich. Das ist da offengelassen. Aber das wäre natürlich ein guter Forschungsansatz oder ein Forschungsfeld, den man auch mit den Fragen, die später dann im Forschungskonzept erarbeitet würden, auch mit tangieren kann.

Vorsitzender: Herr Gerber noch?

Jan Gerber: Danke schön. Genau, also von dieser Frage, Care-Arbeit, macht das nicht dann Verhältnisse, die zementiert werden. Also der Grundgedanke ist ja, man darf bei dem Grundeinkommen das nie einfach nur einzeln betrachten, sondern quasi, dass ein Grundeinkommen ein Enabler ist für ganz viele andere Entwicklungen in der Gesellschaft, also quasi, wenn wir nur ein Grundeinkommen einführen und sonst absolut gar nichts ändern in unserem jetzigen Gesellschaftssystem, sind die Auswirkungen natürlich deutlich kleiner. Aber quasi dadurch, dass wir es überhaupt tun, können wir ganz viele andere Sachen auch quasi mit verändern. Also Zementierung von Care-Arbeit basiert ja unter anderem auch auf Bildung und Verständnis, wir müssen überhaupt Zeit haben, uns damit auseinandersetzen, in was für Rollenbildern wir leben, wo kann ich das lernen, wo kann ich andere Verhaltensweisen üben, und, genau, also das quasi, dass man das nicht einfach nur individuell und singulär betrachtet, sondern immer im Kontext mit anderen Sachen, die dadurch entstehen können.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann scheinen die Fragen auch für Frau Engels ausreichend beantwortet und ich gebe das Wort weiter an Frau Kammeyer.

Abg. Annkathrin Kammeyer: Ja, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Was mir noch nicht so ganz einleuchtet, ist die Frage, warum wir denn für Hamburg ein eigenes Modellprojekt sozusagen brauchen, wenn, Sie haben es ja selbst erwähnt, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung ja ein solches schon durchgeführt hat. Welche Mehrkenntnisse meinen Sie, können Sie da erwarten? Und wir sind da sehr skeptisch, ob man dafür jetzt 40 Millionen Euro, mindestens, Steuergelder ausgeben sollte. Vielleicht haben Sie da ja eine Antwort.

Vorsitzender: Ja, bitte schön.

Rainer Ammermann: Ja. Also es gibt ja einerseits eine Studie vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, die jetzt nicht auf einem Modellversuch beruht, sondern auf Modellrechnungen. Das ist ja schon vor einigen Monaten veröffentlicht worden. Was Sie vielleicht darüber hinaus ansprechen, ist dieses Pilotprojekt Grundeinkommen, was in Zusammenarbeit des DIW mit dem Verein Mein Grundeinkommen durchgeführt wird, was, ich glaube, auch gerade in der Endphase ist. Der Ansatz ist einfach ein anderer. Dort wird eine sehr kleine durch eine Mikrostichprobe ausgewählte Gruppe ausgestattet mit einem Grundeinkommen und über drei Jahre begleitet. Das Hamburger Projekt ist viel ... oder die Idee für den Hamburger Modellversuch ist viel umfangreicher, da es ja darum geht, wirklich zusammenhängende Gebiete, das heißt, ganze Quartiere auszuwählen, die dann ..., wo sozusagen nahezu alle oder möglichst flächendeckend die Bevölkerung dieser Quartiere ein Grundeinkommen gewährt bekommt. Und damit können halt andere, ja, Effekte noch erforscht werden im Sinne einer, ja ..., wie verändern sich soziale Interaktionen in dem nachbarschaftlichen Kontext, wie ist das mit der Akzeptanz. Während das sogenannte Pilotprojekt Grundeinkommen, das ich kurz skizzierte, sich ja auf Menschen bezieht, die verstreut sind über Deutschland, nur nach bestimmten demografischen Kriterien ausgewählt wurden und auch nur eine viel kleinere Gruppe sind.

Vorsitzender: Vielen Dank. Gibt es Nachfragen? Nein, erst mal nicht. Dann habe ich Herrn Koltze, danach Herrn Schulz.

Abg. Jan Koltze: Ja. Ich habe sozusagen ein bisschen das Problem, dass da zwar drübersteht, bedingungsloses Grundeinkommen, aber sozusagen Modellversuch, aber selbst in dem Versuch kommt das ja so gar nicht vor, sondern es sind Bedingungen, die da

trotzdem noch mit gegengerechnet werden. Also ein grundlegender Faktor, der eigentlich bei all den Modellen, die insgesamt diskutiert worden sind, wird ja damit eben gar nicht umgesetzt. Das ist ein so ein Punkt, der mich beschäftigt.

Zweitens, Sie haben ja ein etwas düsteres Bild von der Zukunft an die Wand gemalt. Das teile ich so nicht ganz, das ist der eine Punkt, aber da kann man ja unterschiedlicher Auffassung sein. Also ich nehme das jetzt einfach mal so auf. Ich sage mal, in meiner Fraktion ist zumindest der Punkt ganz wichtig, dass wir wissen, dass bei Menschen über die Frage, wie sie sich in der Gesellschaft würdig wertgeschätzt fühlten, ganz viel am Begriff Arbeit auch hängt. Und das ist eigentlich ein Ansatz, den wir auch verfolgen. Den sehe ich bei Ihnen noch nicht. Sie haben gesagt, okay, das Risiko sei dort gering, aber unser Thema ist Arbeit und Qualifikation und da versuchen wir gerade viele Stellschrauben zu bewegen. Also ich sehe bei Ihnen da noch nicht so richtig die Idee. Also man kann Teilaspekte, Care-Arbeit anders bezahlen oder was auch immer, das kann man alles ja diskutieren, das ist ja für mich jetzt nicht indiskutabel, aber wie das, was Sie da als Modellversuch beschreiben, eigentlich ..., das hat für mich nicht das Ergebnis zur Folge, selbst das, was wir dort an Mitteln aufwenden, damit kommt man gerade nicht bei der Frage bedingungslos zum Ergebnis. Das ist meine Einschätzung dazu. Trägt vielleicht der Tatsache Rechnung, dass man weiter drüber redet, kann ja auch ein Ziel sein, aber das Thema an sich wird damit eigentlich in meiner Auffassung so ein bisschen verfehlt.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank, Herr Koltze. Vielleicht einmal trotzdem der Hinweis, die Volksinitiative heißt einfach "HAMBURG TESTET GRUNDEINKOMMEN". Herr Ammermann oder wer auch immer.

Rainer Ammermann: Ja. Also in der Vielzahl von Regelungen im Gesetzentwurf mag das vielleicht so erscheinen, dass der Unterschied zum jetzigen Sozialsystem, was wir dort im Modellversuch modellieren, nicht so deutlich hervorkommt. Und wir haben ja auch schon Hinweise erhalten, dass wir das hinsichtlich des Erkenntnisgewinns in der Begründung noch mal ein bisschen besser nachschärfen können. Aber es ist schon deutlich anders in der Bereitstellung. So. Also es findet keine Form von Gegenleistungsforderung statt außerhalb dessen, was für eine wissenschaftliche Untersuchung nötig ist, also kein Zwang oder keine Gegenforderung zur Arbeit. Und es wird individuell gerechnet, nicht haushaltsbezogen. Und ja, auch wenn wir sozusagen diese Einkommensanrechnung jetzt Bedürftigkeitsprüfung nennen, weil das Gericht das so eingeschätzt hat, unterscheidet es sich doch erheblich, weil, es geht nur um eine Einkommensanrechnung oder -feststellung, ähnlich wie bei einer Steuererklärung, und es gibt keine Voraussetzungen, dass man vorher sozialrechtlich bedürftig war, um in eben diesem Modellversuch teilzunehmen.

Und das sind so Aspekte, die wirklich sich deutlich unterscheiden vom bisherigen Sozialsystem, und deshalb ist es ja eigentlich auch gar keine Sozialleistung in dem Sinne mehr, sondern es ist eben eine Existenzsicherung als Grundrecht für alle bereitgestellt, dann im Rahmen des Modellversuchs modelliert, natürlich mit den erwartbaren Einschränkungen, die jedes wissenschaftliche Experiment hat. Das ist halt nicht ein hundertprozentiges Abbild der Realität, wie man sie sich nachher vorstellt, sondern es werden immer bestimmte Schwerpunkte gesetzt. Es hat seine üblichen forschungsabhängigen Begrenzungen, die natürlich in dem Forschungskonzept auch deutlich offengelegt werden müssen. Und insofern denken wir schon, dass die Art der Bereitstellung des Grundeinkommens hier doch einen ganz anderen Akzent setzt.

Ja, dann hatten Sie das Thema Arbeit angesprochen. Ja, Sie meinen ja Erwerbsarbeit und da müssen wir dann eben doch schon deutlich widersprechen, dass allein Erwerbsarbeit

ein Faktor ist für die Integration in die Gesellschaft. Es gehört erst mal auch dazu, anzuerkennen, dass auch die zahlreiche unentgeltliche Arbeit eine ökonomische Wirksamkeit in der Gesellschaft hat. Das ist natürlich so eine Voraussetzung. Und dazu gehört auch anzuerkennen, dass wir nicht sozusagen eine Gesellschaft von Werktätigen sind, konstitutionell gesehen, sondern von souveränen Bürgerinnen und Bürgern. Und insofern ist ein Grundeinkommen die Idee, dieses Prinzip der Demokratie in den Sozialstaat überhaupt erst zu integrieren, dass eben die Teilhabevoraussetzung nicht an Erwerbsarbeit hängt, sondern einfach an der Zugehörigkeit zur Gesellschaft. Das nimmt sozusagen so ein ... Also ich kenne ja Ihre jeweiligen politischen Hintergründe, die sind ja bekannt, und insofern sind wir da sozusagen von den Wertmaßstäben so ein bisschen auf einem anderen Gleis unterwegs, nicht Erwerbsarbeit, Vorrang und für alles der Maßstab, sondern die Autonomie und Souveränität der Bürgerinnen und Bürger muss gewahrt sein durch eine bedingungslose Existenzsicherung und alles andere geht darüber hinaus als Regelung. Aber gern können hier noch Mitstreiterinnen ergänzen bei Bedarf.

Vorsitzender: Gibt es ...? Nein, ich sehe Kopfschütteln. Sie haben alle schon ... Nein, Herr Gerber möchte doch noch ergänzen.

Jan Gerber: Genau, also ich habe auch Kopfschütteln drüben gesehen bei der Ausführung. Und, genau, ich bin aber gar nicht sicher, ob ich Ihre Frage richtig verstanden habe, also, weil, natürlich bekommen im Moment viele Menschen in unserer Gesellschaft ihren Sinn durch Arbeit, sowohl durch Erwerbsarbeit oder Lohnarbeit und auch durch andere Arbeit, und das passiert jetzt schon. Und deshalb, also, ich verstehe nicht ganz, wo Ihre Frage drauf hinwill. Also falls sie noch nicht richtig beantwortet ist, vielleicht präzisieren Sie sie gern noch mal, dann kann ich da auch noch mal drauf eingehen.

Vorsitzender: Ja, gern, Herr Koltze.

Abg. Jan Koltze: Also dann will ich das noch mal versuchen zu präzisieren. Sie haben in Ihrem Modell, das war mein Grundthema, dass sozusagen das bedingungslose ... oder das Grundeinkommen sozusagen, egal, wie man es jetzt nennt in der Überschrift, aber das bedingungslose Grundeinkommen an der Stelle im Ergebnis gar nicht getestet wird in diesem Modell. Das muss man ..., das ist die Schwäche sozusagen, die ich in dem Gesetz sehe. Das ist also der erste Punkt.

Der zweite Punkt, Ihr Erklärungsansatz, am Ende im Ergebnis führt er dazu, ich habe das sehr wohl verstanden, dass Sie sozusagen an Einzelpersonen entlangziehen, ob das den Verhältnissen gerecht wird, ist eine andere Frage, kann man diskutieren, und ob man nicht Haushalte nehmen müsste oder nicht, das ist ein Unterschied, das ist mir klar, aber Sie setzen pauschal eigentlich bei 5 Prozent drüber an bei dem, was wir an Existenzminimum ja schon haben. Also es kann ja niemand sagen, dass wir nicht eine Existenzsicherung in diesem Land haben, die haben wir gerade auch noch mal deutlich ausgebaut an der Stelle.

Ich wollte nur sagen, was sozusagen im Moment zumindest die Parteien oder die Partei, in der ich unterwegs bin ..., wir machen uns Gedanken darüber, wie wir das, was Menschen immer wieder ja auch als ..., wenn wir mit denen diskutieren, passiert uns ja auch, dass wir mit Menschen diskutieren, die in bestimmten Prozessen stehen, die suchen nach Arbeit, nach Bestätigung, nach ganz vielen (...). Und ich hatte ja extra vorhin auch gesagt, Care-Arbeit und ob die nun richtig bewertet ist oder nicht, das können wir gern an anderer Stelle diskutieren, aber es ist nicht eine Frage für mich sozusagen, die mit Ihrem Modellversuch gelöst wird. Ich glaube, dass sozusagen die Teilhabe an der Gesellschaft eben auch sozusagen darüber stattfindet, in welcher Form wir sie auch immer organisieren, dass Arbeit

ermöglicht wird. Ja, es ist Erwerbsarbeit, manchmal vielleicht auch unterstützte Erwerbsarbeit. Das ist sozusagen zumindest eine Sichtweise, die viele Menschen uns ja auch zurückspiegeln.

Vorsitzender: Danke, Herr Koltze. Dann gebe ich gern Herrn Gerber die Gelegenheit, darauf zu reagieren.

Jan Gerber: Genau. Also, quasi, unser Modellprojekt ist natürlich kein Austesten des bedingungslosen Grundeinkommens. Das sagen wir auch gar nicht mehr, sondern es geht darum, bestimmte Elemente zu testen, die sich auch wiederfinden im Gedanken eines bedingungslosen Grundeinkommens. Aber es ist nicht das Austesten des bedingungslosen Grundeinkommens, also quasi ... Genau. Das ist auf jeden Fall die Realität und etwas anders sagen wir auch nicht, wollen wir auch nicht. Und die zweite Sache, natürlich gibt es diese sozialen Sicherungssysteme. Also ich weiß nicht, ob Sie schon mal auf soziale Sicherung angewiesen waren, ich war das schon mal in meinem Leben. Das ist kein schönes Gefühl, man bekommt nicht in den Jobcentern ein Gefühl von, ja, wir haben Wertschätzung für Sie und wollen Ihnen dabei helfen irgendwie, dass Sie im Leben quasi Ihren Sinn finden, sondern da ist eher ein ganz anderes Gefühl von Druck, von, wir sollten irgendwie, Sie müssen ja auch. Und das ist nicht der Raum, in dem ich mich entwickeln konnte, um zu sagen, okay, ich finde meinen Platz in dieser Gesellschaft. So. Es gibt die soziale Sicherung, aber das Drumherum ist nicht das, was hilft. Genau. Deshalb ist es in dem Sinne schon etwas sehr anderes, ob wir in unserem jetzigen sozialen Sicherungssystem leben oder in einem Vertrauensvorschuss, wie Anika das gesagt hat. Ich glaube daran, dass Menschen, dass sie damit etwas Sinnvolles tun werden, und ich unterstütze sie darin. Genau. Ja, viel mehr möchte ich dazu, glaube ich, auch nicht sagen und, ja, Punkt.

Vorsitzender: Und noch mal dann gern Herr Koltze.

Abg. Jan Koltze: Ja, also ... Danke. Nicht eine Frage, sondern nur ein Hinweis. Also wenn man persönliche Erfahrungen gemacht hat, die nicht so vorteilhaft waren mit den Jobcentern, verstehe ich, aber das sollte man sozusagen nicht systembegleitend sozusagen sagen. Die Erfahrungen sind ja insgesamt schon so, dass die Jobcenter und auch die Agenturen sich eine ganze Ecke weiterentwickelt haben. Ich weiß nicht, zu welchen Zeitpunkten das war, in vielen Bereichen zumindest zahlreiche Menschen unterwegs sind, die versuchen, auch Menschen an der Stelle zu helfen. Die Ausrichtung ist auch entsprechend mittlerweile angepasst worden. Den Hinweis wollte ich nur geben, ist keine Frage.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank, Herr Koltze. Also in der Kontinuität, das war ja die erste Sitzung in dieser Legislaturperiode, wo wir das erste Mal das Grundeinkommen, die Volksinitiative zu Gast hatten. Ich erinnere mich, zwischendurch hatten wir ja auch mal die ausführliche Befassung mit dem Jobcenter zum Thema Jobcenter der Bürgerinnen, wo man schon sagen muss, es ist zwischendurch auch was passiert und wir hatten natürlich auch die Bürgergeldreform, die vielleicht auch die äußeren Bedingungen im Abgleich zur Idee des Grundeinkommens noch mal verändert haben.

Aber ich habe jetzt zunächst mal Herrn Schulz und dann Frau Martens.

Abg. Marco Schulz: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender und liebe Initiative. Es wurde jetzt schon mehrfach darauf hingewiesen, wir hatten das als Auftakt hier schon behandelt, dementsprechend, Sie haben es auch schon angedeutet nach dem Motto, Sie kennen die politischen Hintergründe ... Ich persönlich und meine Fraktion sind jetzt zwar nicht die größten Grundeinkommensfreunde, aber es sei auch mal gesagt, das habe ich noch gar nicht gehört heute, ich finde es persönlich gut, dass Sie da drangeblieben sind, ich finde es immer

besser, wenn jemand für seine Ideen auch konstruktiv kämpft und nicht nur meckert, auch dass Sie sich da von dem Urteil jetzt haben nicht einknicken lassen. Und das, was Sie uns vorgelegt haben, ist zumindest debattierfähig, ja, das will ich gar nicht in Abrede stellen. Von daher finde ich gut, dass es da solche Initiativen bei uns auch hier in der Stadt gibt.

Nichtsdestotrotz, die Position, die ich Anfang dieser Legislatur schon vorgetragen habe, ist Pi mal Daumen jetzt nicht großartig verschoben worden. Ich habe auch zu der vorgetragenen Methodik, sage ich jetzt mal, anhaltend auch Bauchschmerzen, weil gerade in der empirischen Sozialforschung immer wieder von diesen hypothetischen Fragestellungen ja auch abgeraten wird, ob es jetzt nach Porst ist oder nach anderen Akteuren der Disziplin, nach dem Motto, stelle keine Fragen über Situationen, in denen sich die Menschen weder befinden, weder waren, noch perspektivisch real sein werden. Und dass da was dran ist, sehe ich immer wieder, wenn man sich Befragungen und Realitäten beispielsweise von Lotto-Gewinnern anschaut. Das ist, finde ich, ein sehr guter Vergleich, wenn man nämlich mal fragt, lieber Mensch, was würdest du tun, wenn du jetzt Lotto-Millionär wirst. Dann geben alle Umfragen immer an, ja, einen Großteil würde ich natürlich sparen und anlegen und dies und das und jenes, und wenn man sich dann die Untersuchungen zu den tatsächlichen Gewinnern anguckt, stellt man fest, dass ein Großteil der Leute binnen kürzester Zeit immer verarmt ist. Was ich damit nur sagen will, es gibt eine empirisch belegbare Diskrepanz zwischen hypothetischen Fragen von Situationen, wo Menschen sich befinden könnten, was Sie denn da täten würden in diesen Situationen, und der Realität, wie sie damit umgehen. Und das ist immer die ganz große Krux bei solchen Fragen, so etwas noch nie Dagewesenes, auch historisch betrachtet.

Zu Ihrem konkreten Gesetzesvorschlag oder auch den dort vorgestellten Varianten und Modellen. Ich habe mir das genau angeguckt, also auch, wie gesagt, Lob für die Mühe, auch ist es durchdacht mit dem Freibetrag und der Anrechnung von Beträgen. Da hat sich mir nur die Frage gestellt, also Sie differenzieren ja nach Erwerbseinkommen und, ich sage jetzt mal, Gruppen, wo man grundsätzlich sozusagen ..., die nicht grundsätzlich darunterfallen könnten, Minderjährige zum Beispiel – klar, die können auch erwerbstätig sein unter Umständen, dann würden sie da nicht mehr aufgeführt werden, verstehe ich schon –, aber auch Rentner. So. Und es gibt ja zunehmend auch politische Bestrebungen, die kann man moralisch kritisieren oder nicht, die darauf abzielen, Rentner auch mit Blick auf den Fachkräftemangel möglichst lang noch in der Erwerbstätigkeit zu halten. Man versucht das auch steuerlich schmackhaft zu machen. Und da stelle ich mir nur die Frage, in einer solchen Konstellation, würde da die Rente, die Sie hier sozusagen separiert betrachten, würden Sie die dann pauschal in die Erwerbstätigkeit miteinziehen, also Rentenbeitrag plus das, was der formale Rentner dann erarbeitet, obwohl er schon Rentenleistungen bezieht. Würden Sie das alles in einen Topf werfen oder wie haben Sie sich das dann vorgestellt mit der Anrechnung?

Vorsitzender: Ja, danke. Herr Ammermann, möchten Sie antworten?

Rainer Ammermann: Ja. Zu dieser letzten Frage, also ich bin da jetzt auch kein Rentenexperte und Steuerexperte. Wir haben ja da einen Trick gemacht, weil wir dann ja vor der Frage standen nach dem Urteil des Verfassungsgerichts, wie stellen wir das mit der Einkommensanrechnung noch mal besser dar und wie schaffen wir dafür eine Regelung. Und dann ist uns aufgefallen, okay, es gibt ja jetzt das Wohngeld, und das ist auch noch mal neu geregelt worden, und dort findet ja auch eine ... oder versucht man ja auch, über entsprechende digitale Dienste eine recht schlanke Beantragungsart zu finden, wo man entsprechend seine anzurechnenden oder zu berücksichtigenden Einkommen angeben muss. Und dann haben wir gesagt, okay, dann nehmen wir die Einkommensdefinition aus

dem Wohngeldgesetz zur Grundlage, und entsprechend müssten Sie da sozusagen Ihre Antwort finden. Ich kann sie jetzt nicht aus dem Effeff sagen bei den Renten und Zusatzverdiensten, aber letztlich müssen auch Rentner dort ihre entsprechenden Angaben machen. Und das wären dann die gleichen Kriterien für das, was als Einkommen gilt in dem Grundeinkommensversuch, die dann dort zur Anrechnung kommen. So möchten wir da ..., also wir haben das eher prozessual sozusagen geregelt.

Vorsitzender: Ach so, Frau Liekefett, gern.

Anika Liekefett: Ja. Ich wollte gern noch mal was dazu sagen, dass diese Umfragen nicht so realistisch sind, was Sie gerade erwähnten. Sie verglichen das mit Umfragen von Lotto-Gewinnern. Aber es gibt natürlich schon diverse Umfragen, wo Menschen Grundeinkommen bekommen haben und die eben auch belegt sind bei Mein Grundeinkommen, was sich da in ihrem Leben verändert hat. Ich kann natürlich nur erst mal abtasten, wie das in der Bevölkerung überhaupt ankäme. Und jeder geht natürlich erst mal in die Zukunft von sich selbst und schaut, ja, was könnte sich da für mich verändern, was würde ich wirklich verändern wollen. Und das ist ja auch dieses ..., das finde ich auch sehr, sehr schön, dass überhaupt diese Möglichkeit mal besteht, dass Menschen etwas, was in ihrem Leben nicht gut läuft, eben verändern können dadurch, dass sie eben nicht sofort beispielsweise in die Arbeitslosigkeit fallen würden, sondern sie hätten dann, wenn sie ihre Arbeit wechseln wollen, ein Grundeinkommen, um sich neu zu orientieren. Das ist ja erst mal ein ganz starker Zugewinn. Wer weiß, in welche Richtung sie dann gehen und was sie dann der Gesellschaft geben könnten.

Und des Weiteren würde ich sagen, genau dafür ist ja der Test. Wir wollen ja wirklich rausfinden über diese Forschungsarbeit, wie die Menschen sich verhalten werden. Wir wollen es ja wissen, wir müssen uns ja immer mehr annähern und diese drei Jahre sind eigentlich eine sehr gute Zeit. Und die Bereitschaft der Menschen, in diesen drei Jahren sich auch Fragen auszusetzen von den Forschenden, das kommt ja dazu. Das ist es ja eben genau, weil es eine Erforschung ist, brauchen wir ja auch die Bereitschaft der Menschen, uns dann zu sagen oder den Forschern zu sagen, was sich in ihrem Leben verändert, je nachdem, was sie erforschen wollen. Deshalb ist dieser Test so notwendig. Wenn wir diese Tests nicht durchführen, dann werden wir nie wissen, was passieren könnte. Und dafür möchten wir plädieren, dass Sie es einfach mal ausprobieren.

Vorsitzender: Gut. Vielen Dank. So weit beantwortet? Dann geht das Wort an Frau Martens.

Abg. Kirsten Martens: Ja. Also ich habe noch mal eine Rückfrage zu diesen Arbeitslosen, was Sie vorhin gesagt hatten. Also klar, für jemanden, der seine Arbeit ändern möchte und ein konkretes Vorhaben hat, oder sich was denken könnte, und dafür Ruhe braucht, um das zu finden, macht das vielleicht Sinn, so ein Grundeinkommen zu haben. Aber was ist mit denen, die das nicht haben? Die sind dann ohne Beratung und die anderen Menschen denken vielleicht, ja, der will vielleicht von seinem Grundeinkommen leben. Also das ist eine Frage von mir, weil da arbeiten jetzt ja eigentlich die Jobcenter eher auf Augenhöhe und eher mit Beratung und Qualifizierung. Und da frage ich mich so ein bisschen, wo bleiben die, die halt so ein bisschen verloren sind in der Gesellschaft, also die eben ... Ich glaube, Sie sprechen eben viel so, sage ich mal, Kreative auch an mit diesem Grundeinkommen, die sich dann verwirklichen können und das tun können, was sie vielleicht sonst nicht bezahlt bekommen. Aber was ist mit diesen Menschen, die vielleicht keine Idee haben für ihr Leben, wo bekommen die Hilfe?

Und, das geht noch weiter. Ich habe das so ein bisschen rausgehört, dass das Ehrenamt sozusagen dann richtig bezahlt wird, was jetzt nicht bezahlt wird, so von Ihren Statements. Die Sache ist ja nur, klar, in dem Modellversuch soll die Stadt das Geld geben, aber später ... Also ich habe mir dazu Forschungssachen angeguckt, das heißt immer, dass 15 Prozent aufhören mit ihrer Arbeit, dass allein durch Steuerveränderungen das nicht zu erwirtschaften ist dieses BGE. Da frage ich mich, wo soll das Geld herkommen. Das kommt aus der Mitte der Gesellschaft, von den Arbeitenden. Und dann frage ich Sie mal, haben Sie mit Menschen gesprochen, ob die auch bereit sind, mehr Abgaben zu tun, darauf kommt es ja hinaus, also darauf läuft ja hinaus. Dass die Mitte der Gesellschaft quasi die Arbeit ... Also die Erwerbsarbeit muss quasi das erwirtschaften das BGE, sonst funktioniert es ja nicht. So. Ob das den Menschen so klar ist, denen, die weiterarbeiten, dass sie dann auch mehr abgeben. Das ist die eine Frage.

Dann finde ich, also zwei Fragen sind es ja schon, Mieten sind zum Beispiel sehr unterschiedlich. Wenn jeder das gleiche BGE bekommt, finde ich das ein bisschen ungerecht, was Sie dazu sagen. Dann gibt es Bedarfe von Menschen, die ich da auch nicht so richtig drin alle abgedeckt sehe, Mehrbedarfe von Menschen, die jetzt gedeckt sind durch das Sozialsystem, weil sie individuell sind, wie Umzugskosten, Genossenschaftsanteile, Kosten für Kranken- und Pflegeversicherung, Bestattungskosten, Haushaltshilfen. Das müssten die dann alle mit dem BGE decken, während andere vielleicht diese Bedarfe nicht haben, und insofern ist es ja da schon wieder eine Ungerechtigkeit. Ich hebe mir mal das Letzte für später auf.

Vorsitzender: Gut. Vielen Dank, Frau Martens. Das war jetzt ein ganzer Katalog, geben Sie sich gern selbst den Ball weiter, je nachdem, wer das beantworten kann und will.

Rainer Ammermann: Ich fange mal an und gebe dann eventuell ab. Also so einen Zusatz von Mehrbedarfen haben wir ja klar noch zu mehr Regelungen eingefügt, was im Modellversuch auch berücksichtigt werden kann und was ... Es gibt ja so die kleinen Mehrbedarfe oder Zusatzbedarfe, die wollen wir sozusagen pauschal abdecken. Deshalb haben wir gesagt, mindestens 5 Prozent über dem Existenzminimum wird der Grundbedarf angesetzt, um jetzt nicht wegen dieser kleinen Mehrbedarfe eine Extrabürokratie aufzufahren und, genau. Und die, die jetzt diese besonderen Bedarfe haben, wie Schwangerschaft zum Beispiel, was eben nach dem Sozialrecht zusätzlich abgedeckt werden kann, dazu soll es dann auch eben zusätzliche Angebote innerhalb des Modellversuchs geben, damit die Menschen im Regelfall halt nicht darauf angewiesen sind, dann zusätzlich zum Jobcenter zu gehen oder zum Grundsicherungsamt.

Ja. Die anderen Punkte, Beratung, genau, Beratung außerhalb des Jobcenters. Es ist ja nicht so, dass Menschen nur Beratung und Hilfe beim Jobcenter bekommen. Es gibt auch andere Beratungsstellen und gerade da ist es ja auch dann spannend ... Also einfach der Grundansatz ist ja erst mal ein anderer. Also, wenn Menschen desorientiert sind und zusätzlich in einer Form sich stigmatisiert fühlen, weil sie eben, mal salopp gesagt, von Stütze leben müssen, ist das was anderes, als wenn sie grundsätzlich Anspruch darauf haben auf ein Grundeinkommen und das alle anderen in ihrem Umfeld, in dem Fall eben dann die entsprechenden Quartiere, die mit dem Modellversuch ausgewählt wurden.

Und dann kann man ja auch genau das als Forschungsfrage sehen. Wie ist das mit Menschen, die es schwerhaben, sich von sich aus einzubringen. Welche Angebote können in so einem Quartier vielleicht besser gemacht werden, weil alle, die dort leben, schon abgesichert sind. Es nimmt ja nicht die Beratungsmöglichkeiten, die vorhanden sind, an sich

weg. Es nimmt ja nur die Verkoppelung und den Vorbehalt weg, nur wenn du dich so beraten lässt, wie wir dir das vorgeben, hast du auch deine Existenzsicherung, sonst kann sie dir entzogen werden. Das ist ja ... Und dieser Vorbehalt wird halt weggenommen und das ist ein, ja, ein, ich sage mal, von der Haltung her ein ganz anderer Ansatz und den kann man ja auch in dem Modellversuch noch mal mit Forschungsfragen betrachten.

Zu den anderen Fragen, habt ihr was zu ergänzen?

Anika Liekefett: Ich hatte ja auch genau diese Fragen gestellt, wie interessant die Menschen das finden würden, wenn das Grundeinkommen innerhalb einer Nachbarschaft ausbezahlt werden würde, was dann mit den Menschen passieren könnte. Und viele Menschen haben sich dann eben auch vorgestellt, dass die Solidarität auch ansteigen würde, weil die Menschen sich mehr als ein Miteinander fühlen. Das heißt, wir haben diese Beratungssituation ja nicht nur darin, dass sie da zum Jobcenter gehen oder offizielle Stellen aussuchen, sondern dass die Menschen untereinander sich beraten sozusagen. Also die Möglichkeit, dass sich da Initiativen entwickeln, wo Menschen sich austauschen können mit ihren unterschiedlichen Problemen oder auch inspiriert werden könnten. Also es geht wirklich da auch um die Erforschung des Miteinanders, wie kann die Gesellschaft miteinander auch solidarisch umgehen, was würde da passieren in diesem Fall. Und das ist dieses interessante Feld, was man erforschen könnte.

Jan Gerber: Genau. Zu der Finanzierung habe ich am Anfang schon gesagt, wir können es finanzieren, wenn wir wollen, also es gibt ja unterschiedliche Möglichkeiten. Also es gibt natürlich die Möglichkeit, die Sie genannt haben, dass wir die Steuern so verändern, dass die Menschen, die ein mittleres Einkommen haben, mehr belastet werden. Das finde ich persönlich nicht toll, wäre theoretisch umsetzbar. Und natürlich gibt es auch andere Methoden, das Steuersystem anders zu gestalten. Man kann sich ja fragen, wo ist denn das meiste Geld in der Gesellschaft. Und das meiste Geld in der Gesellschaft ... Bei allen Studien sehen wir immer, ist nicht in der Mitte der Gesellschaft, sondern ist in den oberen zehn Quartieren oder in dem oberen einen Quartier oder was immer. Und wie wir das dann finanzieren, das ist eine politische Frage. So. Da können wir beides machen. Und das ist dann die Frage, wen wollen Sie lieber belasten, wen will ich lieber belasten, wen wollen wir als im Zweifel politische Entscheidungsgremien mehr belasten. Genau.

Waren das alle Fragen? Ich habe versucht, die mitzuschreiben.

(Zuruf: Zu den Mieten war, glaube ich, noch die Frage!)

Vorsitzender: Also Mieten war ein Stichwort, was ich hier auch noch hatte.

Jan Gerber: Habe ich keine supergute Antwort drauf. Auf einer Ebene natürlich, die sind unterschiedlich, die sind jetzt auch schon unterschiedlich. Es gibt Tarifverträge, Leute haben unterschiedliche Mieten und kriegen trotzdem quasi gleich viel Geld. Kann sein, dass da irgendeine kleine Form von Kritik, Ungerechtigkeit mit drin ist. Wir werden nicht alle Probleme durch das bedingungslose ... oder weder durch einen Modellversuch noch durch ein bedingungsloses Grundeinkommen an sich ändern können. Genau. Also durchaus möglich, dass da kleine Elemente sind, auch ein Tick Ungerechtigkeit existiert, kann sein.

Vorsitzender: Frau Martens noch mal?

Abg. Kirsten Martens: Genau. Weil, ich hatte in diesen Forschungssachen immer gelesen, dass es nicht reicht, wenn man nur die Oberen belastet, sondern dass es am Ende die Mitte trifft, wenn 15 Prozent halt weniger in Arbeit sind.

Anika Liefekett: Also ich habe ja auch mit den Menschen diskutiert. Natürlich geht es immer darüber hinaus, das Geld wird ja zur Verfügung gestellt und das handelt sich ja auch nur um einen dreijährigen Test. Aber man kommt ja nicht umhin, über das große Ganze zu reden. Wie könnte eine Gesellschaft aussehen, wenn wir das hier wirklich ganz einführen würden? Und es gibt da so viele Beispiele. Es gibt die Beispiele der Transaktionssteuer, man kann da ja auch wirklich kreativ werden, also jeder könnte ja auch einen Beitrag dazu leisten, es gibt ja auch die Mikrotransaktionssteuer sozusagen, dass man mit jedem Kauf über seine Karte eben einen kleinen Miniprozentteil eben in einen Topf mit einzahlt. Das heißt, jeder für seinen Teil, je nachdem wie gut er situiert ist, könnte auch einen Teil dazu beitragen, dass die Gesamtgesellschaft finanziert wird über ein Grundeinkommen. Es ist möglich, das auch aufzuteilen, das erfordert einfach einen gewissen Ansatz von Kreativität. Wie können wir das auch gleichberechtigt jedem zumuten, einen Teil mit in diesen Topf zu tun? Das noch mal als Idee, weil, das kam auch von vielen Leuten.

Jan Gerber: Und ich habe noch eine Ergänzung dazu. Genau. Also wenn Sie sagen, dass 15 Prozent der Leute komplett aufhören, erwerbstätig zu sein, kann das natürlich theoretisch sein, dass wir es nicht finanzieren können. Also es gibt keine Garantie. Also das sind ja auch quasi die Fragen, wir sitzen ja nicht nur und sagen, das geht auf jeden Fall. Also es ist natürlich auch die Frage, ab welchem Prozentanteil von Menschen die aufhören zu arbeiten, können wir uns das als Gesellschaft leisten und wann nicht. Und diese Fragen, die sind ja eben ..., also diese Zahl 15 Prozent, die aufhören, die höre ich jetzt gerade zum ersten Mal. Es ist natürlich so ein ..., da gibt es unterschiedliche Daten zu oder unterschiedliche Erkenntnisse und wir würden ja auch kein Grundeinkommen einführen wollen, wenn klar ist, dass die Gesellschaft dann zusammenbricht, weil niemand mehr arbeitet, da hat ja niemand Interesse dran. Also quasi nur noch mal das irgendwie klarzumachen, das sind ja die Fragen, wo kommen diese Zahlen her, wie sicher sind die, hören Leute wirklich auf oder machen sie vielleicht andere Arbeit, die nicht mehr Erwerbsarbeit ist. Aber dafür tun sie etwas anderes und senken dafür andere Kosten der Gesellschaft, weil sie gesünder sind und wir weniger in die Krankenkassen einzahlen müssen oder so. Also quasi diese ganzen Wechselverhältnisse sind ja einfach extrem schwierig zu greifen. Und da helfen solche Modellversuche extrem, da näher heranzukommen, um mehr Ahnung zu haben, ob es wirklich geht oder nicht.

Vorsitzender: Gut. Vielen Dank. Ich habe jetzt auf der Redeliste Frau Fritzsche, Frau Seif, Herrn Uzundag und ich habe mich mal selbst draufgesetzt, weil ich auch noch inhaltliche Fragen habe. Frau Fritzsche, bitte.

Abg. Olga Fritzsche: Ja. Mit den Wechselverhältnissen haben Sie mir jetzt gerade das geniale Stichwort gegeben, weil, es wird ja niemandem verborgen geblieben sein, dass unsere Partei auch eine große Sympathie fürs bedingungslose Grundeinkommen hat oder ein Teil unserer Partei. Es gibt auch welche, die sich einige von den Fragen stellen, die auch Herr Koltze ja schon gestellt hat. Also wie ist denn der Zusammenhang von Produktion und von Arbeit eigentlich und mit dem, wo das Produzierte, der produzierte Reichtum eigentlich herkommen soll. Es ist ja nicht nur eine Verteilungsfrage. Also die Frage ist sozusagen, wer sich daran beteiligt, Reichtümer zu produzieren, ist ja schon auch durchaus entscheidend.

Aber jetzt mal diese Fragen ein bisschen außer Acht gelassen, weil ich den Ansatz sozusagen verstehe zu sagen, ohne Druck sich erst mal seiner Existenz sicher zu sein. Und das würde ich bestreiten, dass dieser Zustand jetzt aktuell herrscht, würde sozusagen den Menschen ermöglichen, noch mal anders darüber nachzudenken. Was er damit dann anfängt mit der Existenz, also mit dem, was er auch in die Gesellschaft wieder einbringt. Also

ich könnte mir schon vorstellen, dass es einem gesellschaftlichen Fortschritt sozusagen hilft zu erreichen, dass man nicht mehr ständig darüber nachdenken muss, wie man einfach seine pure Existenz absichert und finanziert.

Mir erschließt sich noch nicht so richtig, wie jetzt mit dem Modellversuch genau diese Wechselwirkungen eigentlich erforscht werden können. Denn nicht wenige Modelle des bedingungslosen Grundeinkommens wollen ja auch eine komplette Umorganisation, sage ich jetzt mal, der sozialen Sicherungssysteme und daraus eben auch zum Beispiel einen Teil der Finanzierung schöpfen, sodass also Teile von der Sozialversicherung, also Arbeitslosenversicherung zum Beispiel, da reingesteckt werden, das bedingungslose Grundeinkommen zu finanzieren, und an anderer Stelle halt Kosten gespart oder entlastet werden. Mir ist ehrlich gesagt, nicht klar, wie man ein Modell so modellieren könnte, dass man das auf der Hamburger Ebene überhaupt testen kann auf so einer lokalen Ebene.

Als Sozialökonomin, Sozialwissenschaftlerin würde ich mal so ganz, wie soll ich sagen, zurückhaltend formulieren, aus meiner Sicht gibt es weniger ein Erkenntnisproblem als eigentlich ein Durchsetzungsproblem. Also die Erkenntnis, dass Leute wirklich deutlich zu stark belastet sind mit ihrer Existenzsicherung in der aktuellen Situation, die haben wir eigentlich ja schon, also dass eine Entlastung einen gesellschaftlichen Fortschritt bringt, da haben Sie mich sofort. Die Frage, wie das organisiert werden kann, ohne soziale Sicherungssysteme tatsächlich auch zu verlieren, die man ja schon mal erkämpft hat, die ja auch nicht vom Himmel gefallen sind, das erschließt sich mir noch nicht so richtig. Vielleicht können Sie dazu noch mal was sagen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Fritzsche. Herr Gerber scheint Anlauf zu nehmen oder Herr Ammermann.

Rainer Ammermann: Ja. Danke für die Frage. Ja. Also das wurde ja in unseren Eingangserklärungen, glaube ich, auch schon deutlich gemacht oder in den Antworten zu den ersten Fragen. Der Modellversuch kann nicht alle Fragen oder das komplette Fragenpaket, was man zum bedingungslosen Grundeinkommen hat, abbilden und beantworten. Das kann ein einzelner Modellversuch nicht leisten und gerade die volkswirtschaftlichen Folgen sind damit ja nicht zu modellieren oder abzubilden im Großen und Ganzen. So. Und insofern ist ja auch ..., welche Finanzierungsvarianten man nimmt und in welcher Kombination von Steuern, Sozialversicherung et cetera. Diese Sachen werden im Modellversuch ja so nicht behandelt. Die Finanzierungs- oder die Bereitstellungsvariante im Modellversuch entspricht ja am ehesten der Form einer negativen Einkommenssteuer, aber natürlich ist damit der Finanzierungsbedarf nicht vollkommen abgebildet, und das ist eben auch nicht die einzige Variante, die man insgesamt sehen könnte.

Aber natürlich kann man aus den Forschungsfragen, die damit verbunden sind, die man damit verbindet, und mit der Perspektive, wie man auf den Modellversuch guckt, schon sich Aspekte denken, die einem Hinweise geben, wo denn Potenziale liegen, wo eine Entspannung stattfindet oder wo mehr Bedarf steht. Also es ist ja so, dass natürlich auch aus individuellen Veränderungen, die man durch ein Grundeinkommen erfährt, sich die Lebenssituation ändert und man zum Beispiel, Stichwort Gesundheit, auch daraus dann Hypothesen oder Thesen ableiten kann, die dann besagen, ja, da entstehen dann weniger Gesundheitskosten insgesamt für die Gesellschaft. So was ist, glaube ich, in Großbritannien letztes Jahr veröffentlicht worden, eine Hochrechnung auf die Gesundheitskosten bei Einführung eines Grundeinkommens. Und da kann man eben auch gerade mit qualitativen Erfahrungen aus so einem Modellversuch ..., also so mit rekonstruktiver Fallforschung mit

den Teilnehmenden oder mit einzelnen Teilnehmern aus dem Modellversuch durchaus Aspekte herausziehen, die einem dabei helfen, die, jetzt sage ich mal, globalen Effekte insgesamt zu projizieren, also eher auf der Kostenseite. Mit welchem Mechanismus man dann die Finanzierung umsetzt, das wird durch diesen Modellversuch nicht beantwortet.

Vorsitzender: Ja. Eine Nachfrage von Frau Fritzsche?

Abg. Olga Fritzsche: Ja. Genau. Die ist jetzt noch mal durch den letzten Teil provoziert worden sozusagen. Gerade die Frage der Erhebung, sagen Sie ja, soll nicht durch den Gesetzentwurf vorgegeben werden, sondern es soll ja sozusagen erst neu formuliert werden, wie die Begleitforschung dazu stattfindet. Ich kann mir, ehrlich gesagt, nicht ... Also bisher werden die Daten, die dort nötig sind, um, ich formuliere jetzt mal ganz oberflächlich, einen gesellschaftlichen Fortschritt zu messen, bisher nicht erhoben. Man müsste sich erst mal ausdenken, welche Daten eigentlich erhoben werden müssen. Die müsste man ja auch aber von der Grundgesamtheit kennen, also sozusagen von der Gesellschaft ohne Grundeinkommen. Da müsste ja auch eine Erhebung von quasi vergleichbaren Daten stattfinden, um überhaupt eine Vergleichbarkeit der Wirkung herstellen zu können. Haben Sie das in Ihrem Gesetzentwurf irgendwie mit drin? Weil, es ist echt ... Also diese Forschung würde ja voraussetzen, dass man sozusagen, um überhaupt eine Vergleichbarkeit mit und ohne Modell herstellen zu können, insgesamt forscht am, ich sage einfach weiter ganz pauschal, gesellschaftlichen Fortschritt, zum Beispiel eben an der Gesundheit mit und ohne und so weiter.

Vorsitzender: Bitte, Herr Ammermann.

Rainer Ammermann: Ja. Wir haben im Modellversuch, also auch im Gesetz, auch eine Kontrollgruppe vorgesehen und die gibt es zusätzlich bis zu 2 000 Teilnehmenden, die jetzt direkt in den Genuss des Grundeinkommens kommen. Und die ist dann, weil sich ja für deren Situation erst mal nichts ändert ..., kann die eben repräsentativ aus dem gesamten Stadtgebiet Hamburgs gezogen werden für diese Kontrollgruppen. Und die können dann ja eine entsprechende Vergleichsgruppe bilden im Sinne Ihrer Frage.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann hätte ich jetzt Frau Seif.

Abg. Silke Seif: Ja. Von unserer Seite auch erst mal vielen Dank. Wir haben ja ein bisschen gewartet und ich habe eigentlich gehofft ... Also in meinen Augen ist das, was Sie vorgetragen haben und auch die Antworten jetzt, die Sie den Kollegen gegeben haben, eigentlich nur Theorie. Die Praxis kann so gar nicht umgesetzt werden. Und mich würde auch interessieren ..., auch die Antworten sind eigentlich in meinen Augen ..., haben Sie mich da nicht bei einer Sache so überzeugt, dass ich sage, ja, ja, das kann man so machen. Es ist immer dieses Aber, das haben wir nicht gerechnet, steuerlich bin ich kein Experte. Auch das Thema Miete, das ist ein ganz klares Thema. Und haben Sie das mal theoretisch in einem Modell beispielsweise in Hamburg in Ihrem Bezirk oder in einem Stadtteil mal ..., wie das aussehen könnte. Also mir ist das so ..., ich weiß es nicht. Wenn ich ehrlich bin, bin ich ein bisschen enttäuscht von der Anhörung, aber mal gucken, was jetzt noch kommt. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Ja. Vielen Dank, Frau Seif.

Jan Gerber: Was war denn jetzt die Frage?

Abg. Silke Seif: Ja. Ob Sie das mal mit einem Modell beispielsweise in Ihrem Stadtteil, in einem Bezirk mal gerechnet haben, wie das aussehen könnte von der Struktur, mal konkret.

Jan Gerber: Also welche Menschen es dann bekommen würden, wer dazu gehören müsste?

Abg. Silke Seif: Ja.

Jan Gerber: Also ich glaube, das haben wir nicht ausgerechnet.

(Abg. Silke Seif: Okay. Alles klar!)

Beziehungsweise korrigiere ...

Vorsitzender: Ja. Herr Ammermann.

Rainer Ammermann: Na ja. Also der Modellversuch soll ja gerade praktische Erfahrungen fassen, so, damit wir aus der reinen Theorie rauskommen. So. Dann muss man sich vorher ein paar theoretische, konzeptionelle Gedanken machen, wie soll der Modellversuch aussehen. So. Und die Idee ist ja, wir wollen zusammenhängende Gebiete haben, um diese sozialen Wechselwirkungen abzudecken. Und andererseits soll aber es auch eine Aussagekraft haben für Hamburg insgesamt. Das heißt, wir brauchen zusammenhängende Gebiete, die von der Bevölkerung möglichst repräsentativ sind, exakt wird es nicht hinhauen, aber der Forschungspartner muss sich dann sozusagen anhand der statistischen Daten, die vorliegen vor allem zu den statistischen Gebieten, auf den Weg machen und solche Gebiete finden innerhalb von Hamburg, wo man eine Bevölkerungsstruktur hat, die einigermaßen der Repräsentativität von Hamburg nahekommt, und dann ist das ein gut geeignetes Versuchsgebiet. Das ist so beschrieben und in der Modellrechnung sehen Sie das ja anhand der Einkommenshöhen, die im Mikrozensus vorgestellt ..., so erhoben wurden. Das wäre so ein Anhaltspunkt, wie man den Querschnitt schafft. So. Genau.

Ja. Also es ist richtig, wir nehmen die Antworten des Modellversuchs nicht vorweg. So. Das würde ja auch dem Sinn dieser Forschung widersprechen.

Vorsitzender: Ja. Gern. Frau Seif.

Abg. Silke Seif: Also ich muss ja jetzt noch mal konkreter ... Also Sie haben sich nicht vorher Gedanken gemacht, das könnte in Bergedorf, in Mitte, in Eimsbüttel, wo auch immer, sein. Nein. Okay. – Danke.

Vorsitzender: Gut. Das wurde einmal klargestellt. Dann nehme ich eine Wortmeldung von Frau Martens noch mal auf. Eine Nachfrage direkt dazu? Wenn Herr Uzundag einverstanden ist, dann passt es in den thematischen Zusammenhang. Frau Martens.

Abg. Kirsten Martens: Ja. Eine Nachfrage. Ich hatte das jetzt so verstanden, dass Sie das laut dem Mikrozensus irgendwie für ein Gebiet ausgerechnet haben, weil Sie doch ... Oder wie haben Sie das jetzt errechnet, wie viel Geld Sie brauchen? Also 42,8 Millionen und dann haben Sie doch abgezogen ..., also ich finde die Seite jetzt nicht so schnell, aber Sie haben doch gesagt, Sie brauchen dann, was war das, 35 Millionen und der Rest ist für die Forschungsgruppe oder irgendwie so. Habe ich jetzt ..., Moment, muss ich jetzt erst mal wiederfinden schnell.

(Zuruf: Seite 8, 9!)

Ich dachte, das haben Sie anhand des Mikrozensus irgendwie errechnet.

Vorsitzender: Bitte schön.

Rainer Ammermann: Ja. Völlig richtig. Der Mikrozensus ist so ein Maßstab dafür, wie die Einkommensverteilung in Hamburg ist. Genau. Und dann wäre das der Maßstab dafür, ein

möglichst geeignetes Versuchsgebiet zu finden, das das auch abbildet, angenähert, und das so ...

Vorsitzender: Okay. Dann kommt dann Herr Uzundag.

Abg. Yusuf Uzundag: Vielen Dank. Ich habe ja versucht, ein bisschen ... Also erst mal sehr neutral bin ich bei der Frage sozusagen und auch bei dieser Geschichte. Es muss auch einen Modellversuch geben. Ein Modellversuch soll uns Impulse geben, eigentlich wie der Mensch, der in diesem Modellversuch bedingungsloses Grundeinkommen drei Jahre hat, wie der sich entwickelt, wie er sich verhält. Es sind ein bisschen meine Gedanken sozusagen, weil in einem bestehenden System, wir sind ja keine Insel, wir haben ja Rente, Gesundheitssystem und Jobcenter und alles Mögliche. Wir können ja nicht generell über Deutschland reden, wir können nur anhand dieses Modellversuchs über die Entwicklung und die Verhaltensweise von Menschen, die das bekommen innerhalb von drei Jahren, reden oder irre ich mich?

Noch eine Frage. Es gibt ja in bestimmten Ländern ..., ich glaube, in Skandinavien gab es einen Versuch und in Berlin gab es sogar einen (...) von einem (...), würde ich sagen, so einen Versuch ... Haben Sie da Erfahrungswerte, wie sich dann der Mensch verhalten hat, also allgemein? Hat er sich besser entwickelt? Es geht ja darum, dass Sie den Menschen sozusagen die Möglichkeit geben, sich besser zu entwickeln in Teilen, würde ich sagen.

Und noch eine Frage. Was halten die Gewerkschaften von so einem System? Die haben auch eine Meinung dazu. (...)

Vorsitzender: Ja. Vielen Dank. Herr Ammermann.

Rainer Ammermann: Ja. Ich glaube, Ihre Frage war einerseits mit der Dauer ..., ob die Dauer des Modellversuchs ..., wie aussagekräftig das ist hinsichtlich der Verhaltensänderung. Ja, es ist eine begrenzte Zeit. Wir haben aber auch Rückmeldungen aus der Forschung bekommen, in der Beratung, dass der Zeitraum von drei Jahren ganz gut von ..., also jedenfalls deutlich besser als ein oder zwei Jahre, auch langfristige Verhaltensänderungen abbilden kann und es dann auch nicht mehr erforderlich ist, zum Beispiel auf fünf oder zehn Jahre zu gehen. Also diese drei Jahre sind schon ein Horizont, sage ich mal, für die Planung, die eher den Werten von fünf oder zehn Jahren aus anderen Modellversuchen zu anderen Themen nahekommen als eben weiter weg von ein oder zwei Jahren und näher dran an den fünf oder zehn Jahren von der Belastbarkeit. Andere Versuche, Berlin, da hängen immer viele Missverständnisse sozusagen ... Ich weiß nicht, haben Sie vielleicht dieses, wie hieß das, sogenannte solidarische Grundeinkommen, was da vom Land Berlin bereitgestellt wurde, da ist ja praktisch nur der Name Grundeinkommen genommen für eine klassische Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, hat also mit unserer Idee wenig gemein, ist nur als schöner Begriff mitverwendet worden, aber nicht von der Idee her.

Und sonst dieser privat finanzierte Modellversuch aus Spenden von dem Verein Mein Grundeinkommen kommt zusammen mit DIW. Das hatte ich ja schon erwähnt. Das befindet sich, soweit ich weiß, in der Schlussphase.

Und Skandinavien, ja, das war ja Finnland vor einigen Jahren, wo es ja auch in der medialen Berichterstattung ein bisschen viele Missverständnisse gab, das war ja ganz anders gestaltet. Da wurde ja wirklich nur von Menschen, die also sozusagen im Arbeitslosenhilfebezug sind, eine Stichprobe gezogen, auch finnlandweit, und das war ja eben nicht, dass man nicht versucht hat, einen Querschnitt der gesamten Bevölkerung zu bekommen – das ist einigermaßen repräsentativ –, sondern nur im Rahmen der Empfänger von Arbeitslo-

senunterstützung, und insofern eine andere Zielrichtung, viel begrenzter von der Aussagekraft her noch für das Thema Grundeinkommen als universelles Angebot oder universelles Recht. Und was man da aber auch festgestellt hat, ist, dass die Möglichkeit, Erwerbsarbeit anzunehmen, dort nicht sich reduziert hat, also auch die Bereitschaft dazu, und dass aber auch ein größeres Vertrauen in den Staat und in die Institutionen unter den Teilnehmenden sich entwickelt hat.

Und interessant ist, dass die, also unsere Partner, die diesen Gesetzentwurf also oder den dahinterstehenden Modellversuch konzipiert haben, haben den auch dem Forschungsleiter, dem Olli Kangas, in Finnland vorgelegt und erklärt. Und er meinte, wenn das in Hamburg umgesetzt ist, dann ist das der beste Modellversuch zum Grundeinkommen, den es bisher gegeben hat, weil er aus seiner Sicht durch die politischen Vorgaben, die er auch im Nachhinein noch bekommen hat, musste er sein Grundeinkommensprojekt so weit umstricken und ausrichten, dass er auch von seinen eigenen Ansprüchen sich weit entfernen musste. Insofern war er sehr interessiert oder ist er auch sehr interessiert an dem Ansatz, der jetzt für Hamburg verfolgt wird.

Vorsitzender: Vielen Dank. Nachfrage? Es sah gerade so aus.

Abg. Yusuf Uzundag: Die Haltung von Gewerkschaften zu dem Thema.

Vorsitzender: Genau. Das war noch ein Punkt.

Rainer Ammermann: Ja, und da geht es, ich sag jetzt mal so, ein bisschen so ... Da geht es ähnlich wie der SPD und der LINKEN. Also die Führungsebenen der Gewerkschaften und Funktionärebene, sag ich mal, die steuern sehr dagegen oder versuchen es zu ignorieren oder kleinzuhalten, weil es einfach dieser Vorstellung, Erwerbsarbeit über alles und alles im Sozialstaat soll sich an Erwerbsarbeit messen, zuwider läuft, dass eben ein Grundeinkommen als universelles Recht gewährt wird, und wir erfahren aber immer wieder von Teilen der Basis, auch von ganzen Untergliederungen in verschiedenen Gewerkschaften, dass dort dann doch die Bereitschaft da ist und dann eine Offenheit da ist und gesehen wird. Man muss das gar nicht als Widerspruch sehen. Die Idee des Grundeinkommens richtet sich ja nicht gegen Erwerbsarbeit, sondern das richtet sich gegen die Allmacht der Erwerbsarbeit über die Existenzsicherung.

Es ist so ein bisschen wie, ich sag mal, egal wie man jetzt zur Verkehrspolitik steht, aber so ein bisschen eine Diskussion um, na ja, wenn für Pkws jetzt auch mal ein paar Spuren abgezockt werden, damit für den Fahrradverkehr mehr Platz ist, ist das ja nicht gegen Autoverkehr an sich gerichtet, sondern es ist eine andere Art von Aufteilung, damit Teilhabe vielfältiger möglich ist und nicht alles dominant nur an einem Maßstab gemessen wird. Darum geht es und ich glaube, da haben die Gewerkschaften und eben auch die Parteien zum großen Teil noch einen gehörigen Lernprozess vor sich. Der wird nicht von heute auf morgen kommen, aber so ein Modellversuch soll ja einfach da auch mal eine praktische Anschaulichkeit schaffen, dass wir über etwas reden, was tatsächlich stattfindet und hier vor Ort und nicht nur in akademischen Zirkeln.

Vorsitzender/Abg. Michael Gwosdz: Ja, vielen Dank. Jetzt bin ich selbst mal dran noch mit einer inhaltlichen Frage, also nicht als Vorsitzender, sondern als Abgeordneter. Ich hänge noch mal ein bisschen daran, was das Verfassungsgericht gesagt hatte und, finde ich, auch ganz gut noch mal zur Debatte passt, die wir gerade geführt haben. Das Verfassungsgericht hatte ja entschieden unter anderem oder vor allem wesentlicher gesagt, es ist nicht zulässig mit der Begründung, "der Gesetzentwurf und die Begründungen müssen so formuliert sein, dass ihr Inhalt für die Gesamtheit der stimmberechtigten Bürgerinnen

und Bürger verständlich ist. Sie müssen aber widerspruchsfrei in allen Teilen inhaltlich nachvollziehbar und aus sich heraus verständlich sein. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Auswirkungen des Vorhabens überblicken und die wesentlichen Vor- und Nachteile abschätzen können" und so weiter.

Ich zitiere das jetzt deswegen, weil, wir stehen ja auch als Bürgerschaft in der Frage, in dieser Stufe des Verfahrens ... Wir hätten jetzt ja die Möglichkeit, auch zu sagen, wir schließen uns der Volksinitiative an, übernehmen die und verabschieden die. Dann braucht es gar kein Volksbegehren mehr. Es braucht keinen Entscheid. Aber vor der Herausforderung, die das Verfassungsgericht da beschrieben hat, stehen wir ja auch. Und insofern habe ich mal eine Frage vor allem noch mal. Die hatte ich letztes Mal auch schon gestellt, zum einen zur Kontrollgruppe. Wenn ich den Gesetzentwurf so lese und jetzt verabschieden würde, mir fehlt gerade immer noch die Schwierigkeit auch jetzt in dieser Phase, woher kommt tatsächlich die Kontrollgruppe und welche Auswirkungen praktisch hätte jetzt eine Annahme Ihres Vorschlages auf die Mitglieder der Kontrollgruppe, also welcher Aufwand.

Und der andere Aspekt ist natürlich auch noch mal da. Ein wesentlicher Punkt ist ja, dass das konkrete Forschungsvorhaben natürlich nicht im Gesetzentwurf bestimmt ist, sondern auch noch offen ist. Das muss noch ausdefiniert werden, also mit den ganzen Fragen, und daran liegt so ein bisschen ja auch wiederum die Frage, je nachdem, was das Forschungsvorhaben, was der Forschungsauftrag beinhaltet, hat es ja Auswirkungen auf die Kontrollgruppe. Wie häufig müssen die befragt werden, zu welchen Aspekten müssen sie befragt werden, wie tiefgehend ist möglicherweise die Sozialdatenentwicklung der eigenen Gesundheit und was man auch alles vergleichen könnte, also wie umfangreich geht das Projekt rein. Und da würde ich noch mal fragen, wie weit da Ihre Überlegungen sind, und komme dann noch mal zu einer etwas demokratiethoretischeren Frage.

Wir hatten, seit wir das letzte Mal zusammensaßen, ja auch eine Weiterentwicklung noch mal in der Debatte über demokratische Entscheidungen, Mitwirkungen, Bürgerbeteiligungen und eine zunehmende Diskussion auch über das Modell von Bürgerräten, Bürgerinnenräten als Instrument, um bestimmte Konzepte in die Politik einzubringen und auszutariieren, und jetzt mal völlig unabhängig von der Frage, wie ich zum Grundeinkommen persönlich stehe, ich verstehe quasi Ihren Bedarf an einem Modellversuch und frage mich aber tatsächlich, ob demokratiethoretisch das Instrument der direkten Demokratie und des Volksentscheides das Richtige ist, um genau diese Fragen, die im Raum stehen und die man aushandeln muss, bei der Entwicklung eines Modellversuchs eigentlich zu beantworten oder ob Sie nicht auch in Ihren Diskursen, jetzt mal vielleicht auch weg von der Volksinitiative generell zur Frage, wie kommt man zu Grundeinkommensmodellversuchen, ob nicht möglicherweise sogar ein geloster Bürgerinnenrat, wie jetzt auch mit Bürgerinnenrat Ernährung, eigentlich das bessere Instrument wäre, um schon mal repräsentativ genau diese Fragen, wo wollen wir eigentlich hin, was muss alles berücksichtigt werden, zu beantworten. Das wären meine zwei Fragen erst mal noch mal an Sie.

Natürlich bekommen Sie auch von mir jetzt wieder in der Funktion als Vorsitzendem das Wort.

Rainer Ammermann: Ja, zur Kontrollgruppe und wie das im Forschungskonzept abgebildet wird. Ja also, da sind unsere Überlegungen gar nicht so fortgeschritten oder detailliert wie zu der Teilnehmendengruppe, weil wir davon ausgehen, da ist doch am ehesten gegeben, dass man das bewährte Instrumentarium für repräsentative Umfragen nimmt und entsprechende Teilnehmende in ganz Hamburg finden kann, und die Teilnahme ist natürlich

freiwillig und das muss halt dann für ganz Hamburg eine repräsentative Stichprobe sein, und die entsprechenden Fragen für die Kontrollgruppe orientieren sich natürlich an den Fragestellungen, die für die Teilnehmenden dann ausgearbeitet werden. Also und die Kosten dafür, so eine Erhebung zu machen, sind natürlich Teil der Forschungskosten, die wir angesetzt haben. Jetzt könnte man darüber streiten, ist das ausreichend berücksichtigt. Das haben wir jetzt im Gesetzentwurf, keinen Kostenplan nach solchen Kostenarten noch mal differenziert innerhalb der Forschungskosten. Das kann man natürlich hinterfragen und auch noch mal detaillierter darlegen, haben wir aber so noch nie von anderen die Rückmeldung bekommen, dass die Kontrollgruppe so ein großes Interesse jetzt an dem Gesetzentwurf hervorruft.

Genau. Dann die Frage mit dem Weg der Volksinitiative. Hat jemand von euch ... Okay. Ja also, genau, also wir haben ja bei dem Thema natürlich die Hürde oder das Problem, dass erst mal von der Parteipolitik her da wenig Offenheit besteht. So. Und das ist ja dann für uns einfach ein naheliegender Ansatz, ein Thema, was in der Politik nicht genug Gehör findet, da kann man sich unter anderem über eine Volksinitiative Gehör verschaffen. Den Weg sind wir gegangen und das schließt nicht aus, dass es auch einen Bürgerrat dazu gibt, ist ja jetzt auch nicht wirklich noch kein etabliertes Instrument im Sinne von, wird jetzt regelmäßig schon einberufen und man hat gewisse Hürden, aber auch nicht zu hohe Hürden dafür, damit so was stattfindet. So, und gerade das Thema Grundeinkommen eignet sich aber auch als Volksinitiative insofern, weil, es geht von den Regelungen her natürlich ganz viel um unser Sozialsystem, aber von dem Grundansatz her geht es ja um unser Demokratieverständnis, und dann ist es auch naheliegend, da mit einem urdemokratischen Weg heranzugehen, nämlich mit dem der Volksinitiative und eben mit sehr vielen Menschen auch darüber zu sprechen und dann auch, sag ich mal, als Initiative, in Anführungsstrichen, gezwungen zu sein, mit sehr vielen Menschen zu sprechen. Und Anika Liekefett, unsere Topsammlerin, hat da ja echt super viele Erfahrungen mit gemacht, und das ist eigentlich insofern vom Instrument her auch sehr passend zum Thema. Möchtest du noch ergänzen?

Jan Gerber: Genau. Also ich glaube, wir können natürlich, ich glaube nicht, dass wir in der Initiative eine beschlossene Haltung zum Thema Bürger:innenräte haben, aber an sich wäre das natürlich ein Traum, wenn von staatlicher Seite Ressourcen und Geld zur Verfügung gestellt wird, um sich quasi dieser Frage zu nähern, weil so einen Gesetzentwurf schreiben, da können natürlich nicht einfach so 500 Leute dran beteiligt werden oder so, weil, dafür haben wir quasi nicht die Zeit und die Energie und die Ressourcen. Und in dem Sinne, wenn es ein Instrument gibt, dass es finanziert wird, dass ein Bürger:innenrat stattfindet, der die Frage diskutiert, ein bedingungsloses Grundeinkommen, ein Grundeinkommen, ist das sinnvoll für den Sozialstaat der Zukunft und, wenn ja, wie kommen wir dem denn näher, wie müsste ein gutes Modellprojekt aussehen, wäre ein Traum, würden wir sofort nehmen.

Vorsitzender/Abg. Michael Gwosdz: Ja, vielen Dank. Nur einmal der Hinweis, also bei der Kontrollgruppe ging es mir jetzt weniger um die Frage, wie wird die finanziert. Das ist schon logisch, dass man sie hat. Allerdings weiß ich eben nicht, wenn ich den Gesetzentwurf lese, wie tief gehen quasi die Fragen, wie intensiv ist die Beteiligung. Natürlich weiß ich, wie man bei einer repräsentativen Umfrage auch eine Kontrollgruppe macht, aber hier geht es ja wirklich um drei Jahre, ein sehr intensives Projekt, und wahrscheinlich muss die Kontrollgruppe, damit es valide Ergebnisse hat, einerseits auch sehr eng begleitet werden über die drei Jahre.

Und die Anschlussfrage, die ich daran noch mal hätte, ist und bleibt natürlich, wenn es aufwendiger wird – also es soll ja auch eine Aufwandsentschädigung für die Teilnehmenden der Kontrollgruppe geben, zumindest für die Befragungen vermutlich, also auch das ist klassisches Verfahren natürlich im Bereich wissenschaftlicher Forschung, dass man da eine kleine Aufwandsentschädigung bekommt –, aber wie ist gewährleistet auch, dass sich eine insofern wirklich repräsentative Kontrollgruppe wiederum findet, die auch entsprechend Menschen beinhaltet, die nicht von vornherein positiv aufgeschlossen für das Thema sind. Also ich lasse mich gerade auf den Gedanken ein ja erst mal des Modellversuchs, aber ich brauche dann in der Kontrollgruppe ja nicht nur Menschen, die eine positive Haltung zum Grundeinkommen haben, weil, wenn die alle nur in der Kontrollgruppe repräsentiert werden, würden wiederum Kritiker des Grundeinkommens natürlich sofort sagen, der Modellversuch und der Vergleich mit der Kontrollgruppe bringt gar nichts, weil sich für die Kontrollgruppe nur Leute gefunden haben, die sowieso fürs Grundeinkommen sind. Wie ich quasi dann als Politik und auch so für den Modellversuch quasi die Leute bekomme, die daran teilnehmen an der Kontrollgruppe, ohne von vornherein aufgeschlossen zu sein für das Modell eines Grundeinkommens über diesen Gesetzgebungsprozess, das ist mir unklar und hat natürlich aber auch wiederum Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hamburg. Also ich kann sie am Ende ja nicht irgendwie zwingen, daran teilzunehmen. Und dann bleibt wiederum die Frage natürlich haushalterisch, ob ich nicht am Ende vielleicht dann doch eher mit 41,8 Millionen Euro andere Forschungsprojekte im Bereich Reform der Sozialsysteme et cetera finanzieren möchte als diesen Modellversuch.

Anika Liefekett: Ja, ich möchte da was zu sagen aus meiner Sammler:innenerfahrung, weil ich natürlich auch Menschen getroffen habe, die nicht Befürworter waren des Grundeinkommens, und ich habe mit denen auch diskutiert, und letztendlich sind wir am Schluss umhingekommen, dass sehr wohl ein Test auch signalisieren könnte, klappt es oder klappt es nicht, und deshalb würde ich mir auch vorstellen können, wenn man in der Kontrollgruppe Menschen findet, die dagegen sind, dass es für sie dann sozusagen auch eine Motivation wäre, ihre Meinung noch mal präsentiert zu sehen. Sie könnten sozusagen dazu beitragen, dass ihre Meinung fundiert wird, indem sie ein Teil der Kontrollgruppe werden, weil, wir schreiben ja niemandem vor, dass es unbedingt klappen muss, sondern der Test sagt ja einfach nur, lass uns doch mal schauen, was passiert, und wenn es nicht klappt, dann ist es eben nicht möglich, aber wir wollen es einfach ausprobieren. Darum geht es. Es geht immer nur darum, es wirklich mal auszuprobieren.

Vorsitzender: Gut, vielen Dank. Herr Gerber noch? Ich habe noch einmal Herrn Schulz auf der Frageliste.

Jan Gerber: Vielleicht eine kurze Ergänzung. Also in der Kontrollgruppe kann man ja Fragen stellen bei der Auswahl, also quasi laut Selbstauskunft, also quasi auf einer Skala von 1 bis 10, wie stehe ich zum bedingungslosen Grundeinkommen oder zum Grundeinkommen, und falls man der nicht vertraut aus methodischer Sicht, kann man natürlich noch mehr Kontrollfragen stellen. Das ist ja gang und gäbe, dass es diese Form von Selbstauskunft gibt bei bestimmten Experimenten. Also das habe ich schon oft genug erlebt. Ich glaube, da ist gar kein Problem, das einfach so zu tun.

Vorsitzender: Gut. Vielen Dank. Dann hat Herr Schulz das Wort.

Abg. Marco Schulz: Ja, vielen lieben Dank. Weil vorhin die finnische Studie noch mal angesprochen wurde, oder nicht Studie, sondern die Erprobung angesprochen wurde, da hatten Sie gesagt, die hat gezeigt, dass die Bereitschaft, Erwerbstätigkeit anzunehmen,

nicht reduziert wurde. Das ist absolut korrekt, ist aber natürlich nur die eine Seite der Medaille, weil, dort gab es natürlich auch eine Kontrollgruppe, und dann muss man halt fairerweise auch sagen, das Experiment hat halt leider ergeben, dass es keinerlei Effekt hatte bezüglich dem primären Interesse bei dem Projekt damals – war sehr speziell, wie Sie schon gesagt haben, eine besondere Gruppe –, nämlich der Effekt der Aufnahme von Erwerbstätigkeit, also sowohl intrinsisch wie auch natürlich einfach die ganzen anderen Aspekte, ich habe Zeit, mich zu qualifizieren, weniger gestresst und so weiter. Das gehört ja auch da mit zu.

Und in dem Zusammenhang haben Sie auch gesagt, das wollen Sie ja gerade nicht, und das wurde jetzt hier währenddessen auch noch mehrfach gesagt, es soll ja ein Querschnitt sein. Da erinnere ich mich jetzt aber – ich weiß nicht mehr, von Ihnen dreien das vorhin ausgeführt hat, müssen wir mal wieder eine halbe Stunde zurückspulen –, da hat irgendjemand von Ihnen dreien dieses visuelle Beispiel aufgebracht, dass es ja auch interessant wäre, das sozusagen homogen in einem Quartier, so habe ich das jedenfalls verstanden, zu erproben, um zu sehen, wie sich das sozusagen vor Ort entfaltet, nachbarschaftliche Solidarität et cetera pp. So habe ich Sie vorhin bei diesem Punkt verstanden. Wenn ich dann in die Realität der Stadt gucke, dann Drittelmix, Sozialwohnungsbaupflicht et cetera pp., dennoch es ist meist so, zumindest mein subjektiver Eindruck, dass sich Menschen in Quartieren relativ, zum großen Teil relativ homogen oder ja doch zusammenfinden. Also ich sag mal so, wenn man halt eine Genossenschaft sieht im Vergleich mit einer Hochbausiedlung, glaube ich, kann man schon zumindest mehrheitlich gewisse Differenzen bezüglich der dort wohnenden Menschen wahrnehmen.

Und, wie gesagt, unter der Voraussetzung, unter der Annahme, dass diese Quartiere recht homogen sind, frage ich mich, wie Sie dann wiederum da einen Querschnitt reinbringen wollen. Also in dem Sinne kommt noch hinzu zu dem Projekt, dass wir dann so eine Art Modellsiedlung benötigen, wo die Leute dann auch entsprechend einziehen, wo die Leute zusammengeführt werden, oder würde Ihnen da konkret ein Quartier einfallen, was diese Kriterien erfüllt. Also ich finde, diese beiden Punkte finde ich schwierig, wenn ich einfach mal durchscrollte in die Hamburger Realität, da jetzt wirklich einen Spot für zu finden, wo diese beiden Gegebenheiten aufeinandertreffen.

Vorsitzender: Das ist unser heimlicher Plan für Oberbillwerder. Herr Ammermann.

Rainer Ammermann: Ja gut, das kann ich natürlich, können wir nicht voraussehen, wie gut es mit den statistischen Daten und in Hamburg klappen wird, aber wir müssen da jetzt auch nicht so pessimistisch rangehen. Also wir sehen ja nicht nur die Quartiere in festen Grenzen und auch die politischen Grenzen von Stadtteilen, Bezirken et cetera müssen dafür ja keine Rolle spielen. Wir können ja auch in diesen Abgrenzungen, die Sie jetzt ja so betont haben, auch grenzüberschreitend denken und benachbarte Quartiere, die unterschiedlich aufgestellt sind, aber in dem Ausschnitt, den man dann nimmt, dann doch einen Querschnitt gut abbilden können. Das ist die Aufgabe des Forschungskonzepts. Das ist schon, ich glaube, eine vielleicht nicht regelmäßig vorkommende Aufgabe in der Forschung, so was zu machen, und insofern vielleicht auch ein gewisses neues Feld oder Übungsfeld für Forschungsinstitute, mal sich da ranzuwagen, aber es ist Teil des Forschungsprozesses, den besten Weg dafür zu finden, und wir haben das starke Gefühl oder den starken Eindruck, dass genug statistische Daten für Hamburg, in den statistischen Gebieten vielleicht sogar noch kleinteiliger, vorliegen, dass man da gut sich annähern kann.

Vorsitzender: Danke. Dann habe ich noch mal Frau Martens.

Abg. Kirsten Martens: Ja, ich habe doch noch mal eine Frage auch. Sie haben das vorhin zwar irgendwie gesagt, aber für wen, denken Sie, ist das interessant, dieses Grundeinkommen? Wer über einem gewissen Betrag verdient, der hat ja eigentlich nichts davon. Das wird ja verrechnet ab einem gewissen Teil. Das heißt, denjenigen, und das ist ja eigentlich schon die Mitte, würde ich sagen, wie ich vorhin schon sagte, wird eigentlich nur was abgezogen, und da ist auch meine Frage an die Befragerin sozusagen, ob Sie das auch mal so explizit Menschen so gesagt haben, dass es für sie bedeuten könnte, dass sie zwar das Grundeinkommen also theoretisch bekommen, aber es sofort wieder abgezogen wird beziehungsweise sodass.

Und dann muss ich mal sagen so, das Ganze, also dieser Modellversuch mit 41,8 Millionen Euro von unserem Haushalt, das entspricht dem Vierzigfachen der Sozialleistungen, die Hamburg normalerweise für 2 000 Personen ausgibt. Ich weiß nicht, das jetzt für so einen Versuch zu nehmen, könnte klappen, könnte nicht klappen, könnte was für die Gesundheit bringen oder auch nicht, für Bildung oder auch nicht. Das ist ganz schön viel Geld und ich kann mir damit echt auch andere punktuelle gezielte Förderungen vorstellen für diverse Bereiche, Erziehung, Wohnungsbau, Kultur, Freizeit, Sport, Bildung, Gesundheit.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank, Frau Martens. Ich habe aktuell keine weiteren Wortmeldungen und angesichts Blick auf die Uhr – wir haben ja vorgenommen, um so etwa zwei Stunden zu tagen, es ist bald 16 Uhr – bietet es sich vielleicht an, wenn Sie von der Beantwortung von Frau Martens auch noch mal vielleicht übergehen in eine Schlussbotschaft, es sei denn, ich sehe jetzt hier eine Kollegin, einen Kollegen, die, der sich noch melden möchte. Ist aktuell nicht der Fall. Dann vielleicht antworten auf Frau Martens und – war ja auch ein bisschen grundsätzlich noch mal die Fragestellung – gern gleich auch noch mal im Verbund mit dem Schlusswort.

Anika Liefekett: Also ich würde jetzt erst mal auf die eine Frage von Frau Martens antworten, was bringt es denn eigentlich den Menschen, die schon genug haben, da würde sich ja eigentlich gar kein Unterschied entwickeln. Und das ist eben so, wenn die Menschen ausgewählt werden, die beispielsweise genug verdienen, aber im Laufe dieser drei Jahre durch irgendeine Situation aus diesem Verdienst rausfallen, dann haben sie natürlich auch weiterhin Anspruch auf dieses Grundeinkommen. Das heißt, die fallen immer in dieses Netz von Grundeinkommen. Die bleiben in dieser Sicherheit, dass egal, was passiert ... Wir wissen ja nicht, Krankheitsfälle, familiäre Fälle. Es kann immer irgendwas passieren. Nichts ist sicher. Nichts ist garantiert. Das heißt, alle haben den gleichen Anspruch, dieses Netz zu bekommen, auch diejenigen, die am Anfang vielleicht nicht mit drin sind. Und das ist das Entscheidende und das macht dann auch den Unterschied.

Jan Gerber: Also, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann ging es ja nicht nur um das Modellprojekt, sondern Ihre Frage ging auch darüber hinaus, also quasi, wenn sie die Realität im Großen wäre, oder? Genau, wer hat dann was davon? Also es geht ja nicht nur um einen Blick auf Individuen, sondern einen Blick auf die Gesellschaft, (...) kollektiven gesellschaftlichen Fortschritt, Veränderung. Genau, es kann durchaus sein, dass einige Individuen individuell nichts davon haben oder sogar Nachteile. Das ist voll möglich, aber im Großen und Ganzen ist ja der Gedanke dahinter, dass die gesamte Gesellschaft profitiert. Und es ist ja jetzt in jedem Gesetz, in allem, was wir hier tun, es gibt nie etwas, was allen komplett Vorteile gibt. Es gibt immer für irgendwelche Individuen Nachteile dadurch. Also genau, das muss im Zweifel auch in Kauf genommen werden.

Und die zweite Frage zum Haushalt und das Geld, was wir dafür benutzen wollen für das Forschungsprojekt. Natürlich könnte man damit auch Leuten direkt helfen, jetzt gerade

durch die Sachen, die Sie genannt haben. Das wäre möglich. Das wäre bestimmt auch sehr sinnvoll. Und gleichzeitig, das Modellprojekt geht ja nicht darum, es ist ja nicht da, um Leuten sozial zu helfen, als Sozialhilfe. Es ist ja keine Sozialhilfe. Es geht darum zu überlegen, wie wir unsere Gesellschaft anders langfristig gestalten können. Es geht um Forschung und dann ist die Frage nicht, ist das Geld besser investiert in Sozialleistungen oder in etwas, sondern gibt es andere spannendere Forschungsfragen im Zweifel quasi, könnte man mit dem Geld etwas anderes anschauen, wie wir unsere Sozialsysteme in der Zukunft aufbauen können. Genau. Und im Zweifel gibt es natürlich auch immer die Möglichkeit, in den Parteien – die SPD stellt den Bundeskanzler, wenn ich mich nicht irre – vielleicht auf Bundesebene so etwas anzustoßen, das nicht in Hamburg passieren muss und das aus dem Bundeshaushalt passieren kann. Wäre natürlich auch eine valide politische Strategie, was ich auch okay fände.

Rainer Ammermann: Gut, dann rede ich wohl als Letzter mit dem Schlusssatz. Genau, also ja, ob es sich lohnt, für diesen Modellversuch Geld auszugeben, ja, das ist natürlich immer eine politische Abwägungsfrage, die sich dann, sollten wir zum Volksbegehren, zum Volksentscheid kommen, natürlich jede Bürgerin und Bürger dann für sich entscheiden kann, und in der Summe hat man dann ein Ergebnis. Und insofern können wir doch ganz beruhigt das den Entscheidungen der Einzelnen überlassen und ansonsten werben wir jeweils für die verschiedenen politischen Ziele, die wir finanzieren möchten.

Und dabei möchte ich dann noch mal besonders hervorheben, dass Ihre Fragen, nicht alle, aber ein Teil Ihrer Fragen zeigen ja auch ein großes Interesse an den Geldflüssen und was am Ende für die Teilnehmenden so monetär dabei rauskommt, aber der gesellschaftliche Wert eines bedingungslosen Grundeinkommens aus unserer Sicht ist jedoch höher zu bewerten als der rein monetäre Wert. Es ist eben diese bürokratiearme und vorbehaltlose Sicherheit, jederzeit existenziell abgesichert zu sein, und das macht den entscheidenden Unterschied, nicht unbedingt, dass alle die gleiche Summe Geld ausgezahlt bekommen, auch wenn das die konsequenteste Form wäre. Und der wesentliche Paradigmenwechsel beim bedingungslosen Grundeinkommen ist die Abkehr von der Vorstellung, dass allein Erwerbstätigkeit ökonomisch wirksam ist und jede Lebensgestaltung ganz vorrangig daran auszurichten ist. Stattdessen geht es um die Anerkennung der ökonomischen Wirksamkeit der vielfältigen unentgeltlichen Arbeit und letztlich auch um die Weiterentwicklung der Demokratie in den Sozialstaat hinein, indem wir auch dort primär als souveräne Bürgerinnen und Bürger und nicht bloß als Platzhalter für Erwerbstätigkeit betrachtet werden, eben durch eine ökonomische Teilhabe, die als Grundrecht ausgestaltet wird. Ja, wir erleben die Wahlurne als ein demokratisches Werkzeug, aber leider nur alle paar Jahre, aber die Demokratie muss sich ja auch an der Supermarktkasse bewähren, wo wir jeden Tag die gemeinsame monetäre Erfahrung machen können, ob wir als vollwertige Bürgerinnen und Bürger anerkannt sind und eben nicht in schwierigen Lebenslagen auf die Resterampe am Hinterausgang verwiesen werden können.

Ja, in diesem Sinne bedanken wir uns herzlich für Ihr Interesse und für die Diskussion, überhaupt für die Gelegenheit, hier zu sprechen und sind natürlich auch offen und interessiert, weitere Gespräche zu führen. Soweit aus Ihrem Kreis eben solches Interesse besteht, kommen Sie gern auf uns zu. Wir sind ja auch im Anschluss nicht unmittelbar verschwunden, ja, und bedanke mich. Kommen Sie gut nach Hause.

Vorsitzender: Das mit dem nach Hause, schicke ich dann die Kolleginnen und Kollegen. Die sollen natürlich im allgemeinen übergreifenden Sinne auch gut nach Hause kommen. Ja, vielen Dank für Ihr Kommen. Auch wenn das, glaube ich, eine sehr, insgesamt ja auch sehr spannende Diskussion war, möchte ich einfach nur noch mal feststellen, wir haben

das nicht nur gemacht, weil wir Sie gern einladen, sondern wir haben das auch gemacht, weil Sie natürlich das verfassungsgemäße Recht gemäß Artikel 50 Absatz 2 der Hamburgischen Verfassung haben, als erfolgreiche Volksinitiative Ihr Anliegen in einem Ausschuss der Bürgerschaft zu erläutern und vorzutragen, und ich stelle hier einmal formal fest, dass Ihnen damit auch Gelegenheit gegeben wurde und sehe auch Nicken, dass Sie auch bestätigen, dass Ihnen dieses Recht gerade entsprechend ausreichend gewährt wurde. Also vielen Dank fürs Kommen, vielen Dank für den Austausch. Dazu vielen Dank den Kolleginnen und Kollegen für ihre Fragen und ich beende damit Tagesordnungspunkt 1 und stelle fest, dass wir dann auch der Bürgerschaft von unseren Beratungen Kenntnis geben werden. Damit beende ich auch das Wortprotokoll und rufe noch mal auf den TOP Verschiedenes.

Zu TOP 2

Der Vorsitzende wies ergänzend zu der bereits verschickten Tagesordnung darauf hin, dass die nächste Sitzung des Sozialausschusses nicht am 3. Mai 2024, sondern bereits am 30. April 2024 stattfinden werde.

gez. Michael Gwosdz (GRÜNE) (Vorsitz)	gez. Olga Fritzsche (Fraktion DIE LINKE) (Schriftführung)	gez. Frauke Meyer-Bai (Sachbearbeitung)
--	--	---